Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Richard Nitsch, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Bethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Münzstraße 9, Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.25 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und Alte Nummern 10 Pfg. — Insertionsgebühr die sechsgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7689

Nr. 290. **Magdeburg, Freitag, den 12. Dezember 1902.** **13. Jahrgang.**

Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

Unser gestrige Mitteilung über die Maßregelung zweier Arbeiter des Krupp-Grusonwerks hat das Bureau Herold bereits in der ganzen Welt verbreitet; es ist ein Glück, daß die Oeffentlichkeit diese erschütternde Nachricht erfahren hat, so daß der heutige Leitartikel der „Magd. Ztg." niemand mehr über die wahren Meinungen der Arbeiter hinwegtäuschen kann.

Noch interessanter freilich wie der Leitartikel des nationalliberalen Blattes ist der Annonceuteil. Das Grusonwerk hat es sich etwas kosten lassen. Anderthalb Seiten in der „Magdeburgischen Zeitung" nehmen die Unterschriften der zahlreichen Arbeiter zu der Adresse der Arbeiter des Friedr. Krupp-Grusonwerks an den Kaiser ein, welche folgenden Inhalt hat:

Allerdurchlauchtigster, großmächtigster Kaiser und König,
Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

Euere Majestät haben allergnädigst geruht, unserem verstorbenen Herrn Krupp die letzte Ehre zu erweisen. Euerer Majestät sind wir Arbeiter des Fried. Krupp Grusonwerk für diese Hochherzigkeit zu unauslöschlichem Danke verpflichtet. Wir haben uns vereinigt, um diesen Dank in tiefster Ehrfurcht abzustatten mit dem heiligen Versprechen, auch über das Grab hinaus das Andenken an unsern Herrn Krupp stets rein und fleckenlos zu erhalten. **Wir verabscheuen die Verleumder und Frevler,** die sich erdreistet haben, die unbefleckte Ehre und den makellosen Ruf des Herrn Krupp anzutasten.

Die Mahnung aber, **die Euere Majestät** am Tage der Beisetzung **an die Vertreter der Arbeiterschaft gerichtet haben,** werden wir fest unserm Gedächtnisse einprägen und **danach handeln.** Euerer Majestät aber geloben wir in steter Dankbarkeit unverbrüchliche Treue!

Euerer Majestät allerunterthänigste Arbeiter
des Fried. Krupp Grusonwerk.

Nachdem wir gestern gesehen haben, daß zwei Arbeiter, welche dieses Telegramm nicht unterschrieben haben, sofort entlassen wurden, sofort in Winterkälte und Hungersnöte getrieben wurden, wundert uns natürlich nichts mehr.

Ein Kartell der nicht-sozialdemokratischen Arbeitervereine Berlins soll, der „Rhein.-Westf. Ztg." zufolge, da man die jetzige Zeit nach der Essener und Breslauer Rede des Kaisers für geeignet hält, in Berlin gegründet werden, und ein Fonds, aus dem bei Streiks „die von den Sozialdemokraten aus der Arbeit gedrängten Arbeiter" unterstützt werden, soll den Zusammenhalt stärken.

Der „Neuen Politischen Korrespondenz" zufolge wurden von der Essener Kaiserrede Sonderabdrücke in größerem Umfange hergestellt, die an Fabrikbetriebe mit großer Arbeiterzahl zur Verteilung gelangen.

Die „Magdeb. Ztg." schreibt freilich:

Das Direktorium hat, wie wir hinzufügen, zu dieser Kundgebung keinen Antrieb gegeben; sie stammt lediglich und allein aus der Mitte der Arbeiterschaft.

Diejenigen, welche die Unterschriften sammelten, gehören zu den Hirsch-Dunckerschen, ihr Verhalten war echt freisinnig!

Die „Magdeb. Ztg." fährt fort:

Die Sozialdemokratie wird ja sehr scheel auf diese Adresse blicken und wie bei allen ähnlichen Gelegenheiten von Machwerken reden, zu denen die Arbeiter nur gezwungen die Hand geboten hätten. Die mit solchen Vorwürfen immer schnell fertigen Führer sollten sich aber doch ein wenig vorsehen und mit der rechtschaffenen Arbeiterschaft kein allzu frevelhaftes Spiel treiben! Glauben sie denn, der Arbeiter, der seine Unterschrift gegeben hat, sei so wenig von mannhaftem Geiste erfüllt, so aller Ehre bar, daß er das Gegenteil seiner wirklichen Gesinnung bezeugen werde? Die Männer, die so von der Sozialdemokratie beschimpft werden, haben alle Ursache, diese schweren Kränkungen ihrer Ehre fest im Gedächtnis zu behalten!

Ein frevelhaftes Spiel mit den Arbeitern sowie mit dem Kaiser treiben nur solche Leute, welche jene durch die Angst vor der Entlassung erpreßten Unterschriften als die innere Ueberzeugung der Arbeiter hinstellen, diejenigen Wichte, welche ganz genau wissen, daß nur die Furcht vor dem Hunger den Arbeitern die zitternde Hand führte, als sie die Adresse unterschrieben, und die trotzdem dem Kaiser absichtlich vorlügen, es handle sich um die innerste Ueberzeugung der Arbeiter.

Unter denen, deren Unterschrift heute in der „Magdeburgischen Zeitung" prangt, befinden sich zahlreiche, die uns sehr wohl als unsere guten Parteigenossen bekannt sind und die uns erklärten, sie hätten keine Lust, die Leidenswege des Drehers Kutzner zu wandeln. Der Beweis ist ja jetzt erbracht, wie es Arbeitern geht, die den Mut ihrer Ueberzeugung haben. Zum Heldentode auf den Barrikaden in Revolutionszeiten sind nicht alle, zum Heldentode auf dem Schlachtfelde des Hungers nur wenige befähigt.

Nun erlaubt sich die „Magd. Ztg." anläßlich der von uns gestern gemeldeten erbitternden Maßregelungsfälle folgende schwere Beleidigung der Firma Krupp:

Wer diese Tatsache noch Paradebeispiel oder Leute nennt, die nur unter dem Zwange der Lage eine solche Kundgebung veranstaltet haben, und wer, weil er sonst nichts vorbringen kann, eine zufällige Weiterentlassung, die mit der Sache gar nichts zu thun hat, frischweg, mit viel Lärm, der hier ja recht artig scheint, als Beweis für diese Zwangslage hinstellt (in einer so großen Fabrik kommt ein Arbeiterwechsel ja natürlich öfter vor): der beschimpft das Gewissen, verlästert, um das Wort nochmals zu wiederholen, die lautere Seele der ehrenwerten Arbeiterschaft.

Danach unterstellt die „Magd. Ztg.", die beiden Arbeiter seien nicht deswegen entlassen worden, weil sie die Adresse nicht unterschrieben haben, sondern „zufällig", also wegen „Arbeitsmangels" oder dergleichen.

Wäre es umgekehrt, so würde es ja von unserem Standpunkte aus sehr aufreizend sein, daß Arbeiter wegen der Nichtunterzeichnung einer Adresse entlassen werden; aber wir können es von der Anschauungsweise der bürgerlichen Moral aus immerhin begreifen, daß das Grusonwerk keine Arbeiter beschäftigen will, welche keine „gute" Gesinnung haben. Aber die Verleumdung, die Firma Krupp könne Arbeiter, denen sie gar nichts vorzuwerfen hat — denn die gute Führung der beiden Arbeiter können wir jederzeit beweisen — nach 16- bezw. 22jähriger Thätigkeit in ihrem Betriebe erbarmungslos auf die Straße werfen, müssen wir entschieden von uns weisen. Einer solchen Grausamkeit, einer solchen bodenlosen Niedertracht ist die Firma Krupp oder deren Verwaltung bestimmt nicht fähig; nur die „Magdeb. Ztg." kann den Betreffenden eine solche Gemeinheit zutrauen.

Das aber gerade jetzt niemand seine Existenz opfern will, sondern lieber unterschreibt, was man von ihm verlangt, ist erklärlich. In einem an die Oberpräsidenten gerichteten Erlasse des preußischen Ministers des Innern vom 6. d. M. wird ausgeführt, daß nach Berichten, die von den Oberpräsidenten an den Minister erstattet worden sind, die gegenwärtige Lage des Arbeitsmarktes in Preußen zu der Besorgnis, daß eine Arbeitsnot in größerem Umfange hervortreten würde, einen unmittelbaren Anlaß allerdings nicht bietet. Trotz dessen kann aber, führt der Minister weiter aus, angesichts der Lage des Weltmarktes die Gefahr nicht für ausgeschlossen gelten, daß die inländischen Produktions- und Absatzverhältnisse auf wichtigen Gebieten der Industrie in der nächsten Zeit keinen Aufschwung finden, eher einen weiteren Rückgang erfahren. Unter diesen Umständen erscheint es geboten, daß der weiteren Entwickelung der Arbeitsverhältnisse ernste Aufmerksamkeit gewidmet und Vorkehrungen getroffen werden, um einer etwa eintretenden Arbeitsnot alsbald mit geeigneten Maßnahmen zu begegnen.

Der Minister ersucht die Oberpräsidenten, darauf hinzuwirken, daß die Provinzial- und Kreisverwaltungen sowie die leistungsfähigeren Gemeinden der einzelnen Provinzen ungesäumt Entschließungen fassen, durch die sichergestellt wird, daß bei einer im Laufe des Winters etwa hervortretenden größeren Arbeitslosigkeit einer möglichst großen Anzahl von Personen alsbald Beschäftigung bei kommunalen Arbeiten zugewiesen werden kann.

Wir erlauben uns ferner folgende Gegenüberstellung:

In Breslau sagte der Kaiser:

Durch die herrliche Botschaft des großen Kaisers Wilhelm I. eingeleitet, ist von Mir die soziale Gesetzgebung weitergeführt worden, durch die für die Arbeiter gesicherte und gute Existenzbedingungen geschaffen worden sind bis ins Alter hinein unter Auferlegung von oft bedeutenden Opfern für die Arbeitgeber, und unser Deutschland ist das einzige Land, in dem die Gesetzgebung in hohem Maße zum Wohle der arbeitenden Klassen fortentwickelt ist.

In einem Auszug aus den Jahresberichten der Gewerbeinspektoren, den der Reichsanzeiger jetzt veröffentlicht, heißt es:

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter hat sich **gegenüber dem Vorjahre ganz erheblich verschlechtert.** Die Löhne sind im Laufe des Berichtsjahres fast **durchweg beträchtlich gesunken. Die Lebenshaltung der Arbeiter hat dieser Ausfall an Verdienst im allgemeinen um so ungünstiger beeinflußt, als die Lebensmittelpreise zugleich erheblich gestiegen sind.**

Man wird demnach verstehen, warum die Arbeiter des Grusonwerkes das Kaisertelegramm unterschrieben. — — Und die vom Kapitalismus mißhandelte Menschlichkeit wird zum Siege gelangen, wenn ihre Zeit gekommen ist. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 11. Dezember 1902.

Aus dem Reichstag.

bg. **Berlin,** 10. Dezember. Die Langeweile und die Guillotine arbeiten in schöner Abwechslung daran, zu vernichten, was die Knebelapostel noch vom Parlamentarismus übrig gelassen haben. Ueber Nacht ist dem Grafen Ballestrem die Erleuchtung gekommen, daß auch Reden für oder gegen Uebergang zur Tagesordnung zur „Geschäftsordnung" gehören und demzufolge unter das Fünfminuten-Brenner-Edikt fallen; ob Herr Richter Hebammendienste bei dieser „Einsicht" geleistet hat, wagen wir nicht zu entscheiden. Jedenfalls ist die Mehrheit mit dem Präsidenten zufriedener als je, wie schon der frenetische Beifall bewies, mit der sie die Erklärung begrüßte, mit welcher er die frühzeitig anhebende Mittwochsitzung eröffnete. Nach reiflicher Erwägung ist der schlesische Grande zur Erkenntnis gelangt, daß alle Klagen der Linken über schlechte Luft im Sitzungssaale, Ueberarbeitung der Stenographen und ungenügende Stenogramme, über die aus der Lex Aichbichler entspringenden falschen Abstimmungsresultate usw. aus bösgesinnten Nörglerherzen entspringen. Immerhin kleidete Graf Ballestrem diese seine Meinung in leidlich höfliche Formen; über die großen Ungesetzlichkeiten, die am Dienstag sein Stellvertreter und Mitgraf Stolberg vor überfüllter Hoflage zum besten gegeben hatte, ging er mit Stillschweigen hinweg.

Die Mehrheit hat ihre Fasanenjagdlust soweit gezähmt, daß sie ziemlich in derselben Präsenz wie am Dienstag zur Stelle war. Soweit ging allerdings ihr Eifer nicht, die Referate anzuhören, selbst wenn sie von ihren eigenen Mitgliedern gehalten wurden; sie übervölkerte das Restaurant, machte ihren Verdauungsbummel in der Wandelhalle, hielt ihr Schläfchen in den Lesezimmern und erschien nur, um Verweisungsanträge niederzustimmen. Um wenigstens einige sachliche Ausführungen machen zu können, wandte unsere Fraktion das von der Firma Stockmann-Spahn eingeführte Mittel an: sie ließ durch die Genossen Zubeil, Ledebour, Horn, Bock usw. Verweisung der in einem Referat behandelten Positionen an eine Kommission und gleichzeitig — meist durch Genossen Haase — Uebergang zur Tagesordnung über diese Ueberweisungsanträge beantragen. Aber die parlamentarische Guillotine arbeitete prompt. Vicepräsident Büsing zumal diente den Mehrheitsterroristen als ein rüstiger Bürger Samson, der das Fallbeil des Fünf-Minuten-Gesetzes mit unheimlicher Pünktlichkeit niederfallen ließ. Als ein wahrer Hexenmeister erwies sich der Dr. Arendt, der in einem Referat ein Dutzend Positionen in einer Spanne Zeit behandelte, die seiner Schwiegermutter Lina Morgenstern nicht genügen würde, um ein Ei in einer Tasse Bouillon abzurühren. — Zur Abwechslung trat zwischendurch auch einmal wieder der Zweimännerbund Stockmann-Spahn schlußmachend in Thätigkeit. — Gegen 6 Uhr verbreitete sich im Hause die Nachricht, daß Graf Bülow binnen kurzem den Reichstag mit seiner Gegenwart und der Mitteilung beehren werde, daß das deutsche Reich sich im Kriegszustande mit Venezuela befinde. Um diese Zeit begannen die Kohlenstifte starke Spuren von Uebermüdung zu verraten. 20 Minuten später, als der letzte Referent, St. Paasche, sein Referat heruntergehaspelt hatte, erlosch eine der elektrischen Lampen nach einander. „Nacht muß es sein, wo Bülows Sterne strahlen," spottete man auf der Tribüne. Aber der Scheinwerfer Bernhard trat nicht in Aktion, vielmehr wurde nach Ablehnung eines von unserer Seite beantragten Ueberweisungsantrags Schluß gemacht und die Beratung des Antrages Kardorff auf Donnerstag vertagt. —

Straßenpolizeiverordnung gegen Streikposten.

Die Wege- und Straßenordnung für den Regierungsbezirk Düsseldorf vom 26. März 1900 schreibt gleich allen andern preußischen Straßenpolizeiverordnungen vor, daß den zur Erhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit auf öffentlichen Straßen ergehenden Anordnungen von Polizeibeamten unbedingt Folge zu leisten sei. Wegen Nichtbefolgung einer solchen Anordnung war der Schreiner Streckenburg angeklagt worden, der in der Düsseldorferstraße zu Ratingen Streikposten gestanden hatte und der Aufforderung eines Polizeibeamten, die Straße, wo in einer Werkstatt gestreikt wurde, zu verlassen, zwar zunächst gefolgt dann aber wieder zurückgekehrt war. Der Beamte sagte vor Gericht aus, er habe die Streikenden zum Verlassen der Straße aufgefordert, weil arbeitswillige Schreiner öfter belästigt worden seien und er Differenzen zwischen den feindlichen Parteien habe vorbeugen wollen. — Darauf wurde St. zu einer Geldstrafe verurteilt und das Landgericht Düsseldorf verwarf seine hiergegen eingelegte Berufung. Es führte aus, daß die polizeiliche Anordnung unzweifelhaft im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung ergangen sei und unbedingt hätte befolgt werden müssen. Hinfällig wäre der Einwand des Angeklagten, daß er gemäß § 152 der Gewerbeordnung nur sein Koalitionsrecht ausgeübt habe, wenn er Streikposten stand, und daß ihn der Polizeibeamte daran auf keinen Fall hätte hindern dürfen.

St. legte Revision ein und wiederholte seinen prinzipiellen Einwand. Der Vorderrichter habe die Bedeutung des § 152 der Gewerbeordnung verkannt. Das Reichsgericht selbst habe eine Verordnung für ungültig erklärt, durch welche das Streikpostenstehen verboten worden sei. Das Verfahren der Polizei im vorliegenden Falle laufe aber gleichfalls auf ein Verbot des Streikpostenstehens hinaus. Schon deshalb müßte er freigesprochen werden. Aber auch im andern Falle müsse seine Freisprechung erfolgen, denn der Vorderrichter habe nicht feststellen können, daß gerade er sich irgend etwas habe zu schulden kommen lassen in Bezug auf die öffentliche Ruhe und Ordnung. Er habe niemand belästigt, und wenn andere Tischler möglicherweise einen Arbeitenden auf der Straße angehalten hätten, dann hätte man doch nicht ihm verbieten können, sich dort aufzuhalten.

Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht meinte, es sei ja allerdings eine Polizeiverordnung für ungültig erklärt worden, die sich gegen das Streikpostenstehen selber richtete; das bedeute nun aber noch lange nicht, daß streikende Arbeiter alles machen könnten. Es ließen sich Straßenpolizei-Verordnungen sehr wohl auch gegen Streikposten anwenden, die ihnen zuwider handelten, wie es St. gethan habe.

Der Strafsenat des Kammergerichts wies die Revision mit folgender Begründung ab: Die Straßen- und Wege-Ordnung, die im Interesse der Straßenpolizei zur Erhaltung der Sicherheit, Ruhe und Ordnung erlassen sei, gelte für jedermann. Sie stehe nicht in Widerspruch mit der Gewerbe-Ordnung, insbesondere nicht mit § 152. Und den Thatbestand eines Vergehens gegen die Verordnung habe das Landgericht ohne Rechtsirrtum festgestellt. Es genüge, daß der Polizeibeamte, wie feststehe, seine Anordnung zum Verlassen der Straße wirklich zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit habe ergehen lassen. —

Deutschland.

Berlin, 11. Dezember. Die Ausführungsbestimmungen zur Fernsprechgebühren-Ordnung sind nach einer Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 8. Dezember einer Aenderung unterzogen worden, die durch die Aufnahme des Ferndruckbetriebes veranlaßt wurde. —

— Die vereinigten Ausschüsse des Bundesrates für Rechnungswesen und für Eisenbahnen, Post und Telegraphen haben am Mittwoch Sitzung. —

— **Wie man die Beschleunigungstaktik durchführen will.** Die Geschäftsordnung des Reichstags soll auch bei der dritten Lesung des Zolltarif-Gesetzes weiter außer acht gelassen werden. Jetzt — so wird der „Magdeb. Ztg." aus parlamentarischen Kreisen berichtet — lasse es die Geschäftsordnung zu, die Diskussion über mehrere Artikel zugleich zu verbinden. Es stehe daher nichts im Wege zugleich sämtliche Paragraphen des Tarifgesetzes zur Beratung zu stellen und nur die Abstimmung über sie getrennt vorzunehmen. So schreitet man von Gewaltakt zu Gewaltakt. —

— **Die Beschleunigung des Raubzuges.** Noch vor Weihnachten soll nach der „Freis. Ztg." die Zolltarif-Vorlage nach der Absicht der Mehrheitsparteien im Reichstag zur Verabschiedung gelangen. Die zweite Beratung wird entweder an diesem Donnerstag oder Freitag zum Abschluß kommen durch Annahme des Antrags von Kardorff. Zwischen der zweiten und dritten Beratung muß nach der Geschäftsordnung mindestens ein freier Tag liegen. Die dritte Beratung wird daher entweder am Sonnabend oder am Montag in der nächsten Woche beginnen und soll bis Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche zu Ende geführt werden. Man beabsichtigt, nach der Generaldiskussion die Diskussion über mehrere der 14 Paragraphen zusammenzufassen und auf diese Weise einen raschen Abschluß herbeizuführen. — Ein nettes Weihnachtsgeschenk für das aus dem Hinterhalt überfallene Volk. —

— **Bülow lebt noch!** Die heutige sachliche Beratung des Antrags Kardorff im Reichstage soll nach Meldung des „Berl. Lok.-Anz." mit einer Rede des Reichskanzlers eingeleitet werden. —

— **Die Freisinnigen gegen ihre Verräter.** Für die Beurteilung der Taktik der sogenannten „Richter-Leute" in der Provinz ist eine Meldung bezeichnend, die dem „Berl. Tagebl." ein Privat-Telegramm aus Breslau übermittelt. Es lautet: Eine gemeinschaftliche Versammlung des Breslauer Fortschritts-Vereins und des Vereins „Franz Ziegler", die von etwa 200 Personen besucht war, sollte ein Vertrauensvotum an den Abgeordneten Richter beschließen. Nach einer Rede des Redakteurs Cuno von der volksparteilichen „Bresl. Morgenztg." unterblieb das Votum. —

— **Die Volksverwüstung durch die Zollrinaldos.** In der „Kreuzztg." werden einige Mitteilungen über die Bedingungen gemacht, unter denen das Kompromiß zwischen Regierung und Mehrheit zustande gekommen ist. Die im Gesetz vorgesehene Aufhebung der Zollkredite, die wesentliche Einschränkung der gemischten Transitlager, die Verzinsung der Zollbeträge für die in dieselben eingeführten Getreidemengen, sowie die sofortige Gültigkeit der Einfuhrscheine können — so meint das Blatt im Einverständnis mit dem Landwirtschaftsrat — einen großen Einfluß auf die Gestaltung der Preise ausüben. Vielleicht seien diese Bestimmungen viel mehr wert als die zwischen der Regierung und der Mehrheit der Kommission streitig gebliebenen 50 Pf. Was die Viehzölle betreffe, so nahmen infolge der geschehenen Verständigung die verbündeten Regierungen die Beschlüsse der Kommission an, welche für Pferde erhöhte Wertzoll-Sätze und für alle anderen Tiergattungen Zölle nach dem lebenden Gewicht festsetzen, während die Vorlage Gewichtszölle nur für Ochsen und Schweine hat. Dabei bleiben die hohen Sätze des von der Kommission beschlossenen Generaltarifs von 18 Mark für den Doppelcentner von Bestand. Sollte wirklich von diesem Satze die Hälfte bei den Handelsverträgen abgehandelt werden, was nicht einmal erwartet und angenommen werden dürfe, so bliebe immer noch ein recht guter Schutz übrig. Jetzt beträgt der Vertragssatz z. B. für Kühe und Bullen 9 Mark für das Stück; bei einem Gewicht von 4 Doppelcentner für Kühe und 7 Doppelcentner für Bullen würde der Zoll dann betragen 36 Mark und 63 Mark für das Stück, also eine vier- bis siebenfache Erhöhung. Auch für eine ganze Anzahl anderer landwirtschaftlicher Artikel, z. B. für Holz bleiben bei der Enbloc-Annahme die höheren von der Kommission angenommenen Sätze von Bestand. Die Zugeständnisse der verbündeten Regierungen seien also wesentlich größer als von denjenigen angenommen wird, welche nicht genau über die Sachlage unterichtet sind. So sieht die „Rückkehr zur Regierungsvorlage" aus. —

— **Heiteres von den Zollbriganten.** Eine bemerkenswerte Meldung geht dem „Berl. Tagebl." aus Aurich zu: Die Mehrheit will sich angeblich in der dritten Lesung auf die Regierungsvorlage zurückziehen. Unser Auricher Mitarbeiter schreibt uns:

> Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Semler gab hier auf einer Vertrauensmänner-Versammlung der nationalliberalen Partei die Erklärung ab, es bestehe eine schriftliche Verpflichtung der Mehrheitsparteien, in der dritten Lesung des Zolltarifs auf die Regierungsvorlage zurückzugehen. Die Kommissionssätze sollten jetzt nur angenommen werden, um die zweite Lesung abzukürzen.

Um schnell fertig zu werden, will man also einstweilen blödsinnige Beschlüsse fassen, die man in dritter Lesung fallen läßt. Und das soll keine Vernichtung des Parlamentarismus sein! —

— **Spahn-Kritik in Sachsen verboten!** Als bei einer am Sonnabend abend in Pieschen stattfindenden Protestversammlung Referent Kaden das Gebahren des Reichsgerichtsrats Spahn scharf kritisierte, entzog der überwachende Beamte Kaden das Wort. Als ein Redner die Maßnahmen des Beamten einer Kritik unterzog, erklärte dieser erregt, keine Kritik seiner Maßnahmen zu dulden. Der dadurch wachgerufene Widerspruch der Versammlung veranlaßte den Ueberwachenden, die Versammlung aufzulösen. —

— **Moderne Theologie und Sozialdemokratie.** Unter diesem Thema veröffentlicht die „Kreuz-Ztg." zwei Leitartikel, in denen sie den Lic. Meinel, Inspektor des theologischen Stifts in Bonn denunziert und dessen Maßregelung verlangt, weil dieser Geistliche in Vorträgen in Solingen erklärt hat, nicht an die unbefleckte Empfängnis der Jungfrau Maria und nicht an die leibliche Auferstehung Christi zu glauben. Ein Pastor Tetzlaff antwortete orthodox dem liberalen Theologen. Ueber den Vorgang berichtet unser Solinger Parteiblatt:

> Dann ging der Referent mit trefflich wirkenden Argumenten gegen die Geburtslegende, gegen die Wunder und gegen die Auferstehungslegende über Jesus ins Zeug und seine ruhigen Darlegungen wirkten so sicher, so packend, daß der Herr Tetzlaff thatsächlich wie ein Kind erschien, dem der böse Bube das schöne Spielzeug zerbrochen. Das Publikum lohnte den Referenten mit demonstrativem Beifall, was den streitbaren Herren von Luthers Gnaden recht unangenehm gewesen sein muß.

Aus diesen Worten konstruiert die „Kreuz-Ztg." einen gewissen Zusammenhang zwischen liberaler Gottesgelahrtheit und Sozialdemokratie. Schon früher war der freisinnige Licentiat bei dem Kultusminister denunziert worden und wird nun wohl gemaßregelt werden. Hoffentlich wird durch ein neues Umsturzgesetz jeder mit Zuchthaus bestraft, der nicht glaubt, daß schon einmal eine Jungfrau ein Kind bekommen hat. —

— **Berufsmäßige sozialdemokratische Agitatoren und Reichsstatistik.** Auf die vom Reichstag zu dem Gesetzentwurf, betr. die Feststellung des Reichshaushaltsetats für 1902, gefaßte Resolution über die gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu treffenden Versicherungseinrichtungen hat der Bundesrat beschlossen:

> „den Reichskanzler zu ersuchen, durch das „Kaiserliche Statistische Amt feststellen zu lassen, welche Einrichtungen bezüglich der Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit bisher getroffen und welche Ergebnisse dadurch erzielt worden sind, hierdurch aber diese Resolution für erledigt zu erklären".

Bekanntlich wird diese Statistik mit Hilfe bekannter sozialdemokratischer Agitatoren, welche in der Gewerkschaftsbewegung eine Rolle spielen, durchgeführt. —

— **Die Centrumspartei als Mörderin Krupps.** Zur Krupp-Angelegenheit macht unser Augsburger Parteiblatt gegenüber den Angriffen der Centrumspresse auf den „Vorwärts" darauf aufmerksam, daß einem Centrumsblatte, der „Augsburger Postzeitung" hier die Priorität der Veröffentlichung der Beschuldigungen gebühre. Dies Blatt habe schon am 8. November, acht Tage vor dem „Vorwärts"-Artikel, eine Mitteilung darüber gebracht, und zwar in folgender Form:

> Rom, 6. November. Schon seit Jahren cirkulieren in Italien Gerüchte, daß Capri, die schöne Insel im Golf von Neapel, ein wahres Sodom für gewisse Laster geworden sei. Jetzt hat sich die sozialdemokratische Presse der Angelegenheit angenommen. Leider ist in die Angelegenheit der Name eines deutschen Großindustriellen von bestem Klang, dessen enge Beziehungen zum Kaiserhof bekannt sind, aufs engste verwickelt. Der „Avanti", der römische „Vorwärts", bringt unter der Spitzmarke „Die Skandale in Capri" einen größeren Artikel, der den deutschen Großindustriellen aufs schwerste kompromittiert und ein Einschreiten der italienischen Regierung fordert, welche zwar informiert sei, aber sich blind stelle!

Nun werden wohl die um Spahn nicht mehr würdig erachtet werden, den Namen Deutsche zu tragen. —

— **Die Epigonen gegen die Gelehrten.** Der nationalliberale Verein in Nürnberg hielt am Montag abend eine Versammlung ab, um zu den Vorgängen im Reichstag Stellung zu nehmen. Justizrat Freiherr v. Kreß besprach daselbst den Fall Lotz und meinte unter anderem sehr aufgeregt: „Wenn Lotz schließt, sobald der Liberalismus anfange, der Gewalt statt dem Recht zu huldigen, hört er auf Liberalismus zu sein, so ist das eine Geschmacklosigkeit. Wollte Herr Lotz auch einmal die Konsequenzen ziehen und einsehen, daß er nicht zur nationalliberalen Partei gehört, so wird ihm niemand eine Thräne nachweinen."

So wurde der bedeutende Gelehrte wegen seiner Ehrlichkeit von seinen nationalliberalen Gesinnungsgenossen behandelt. Angenommen wurde folgende Resolution:

> Die heute in großer Zahl versammelten Nationalliberalen Nürnbergs und der Nachbarstädte Fürth, Ansbach, Schwabach sind einig in der Verurteilung des unerhörten, das Ansehen des deutschen Reichstages im höchsten Maße gefährdenden Treibens der Obstruktionsparteien und sprechen der nationalliberalen Fraktion und ihrem bewährten Führer Bassermann unter ausdrücklicher Billigung der Verständigung mit den anderen Mehrheitsparteien und der Mitunterzeichnung des Antrages Kardorff wärmsten Dank aus für die entschlossene Wahrung des freventlich angegriffenen Majoritätsprinzips und der Würde des Reichstages

Wenn die Herren sich in so hohem Maße für das Majoritätsprinzip begeistern, verstehen wir nicht, weshalb diese Begüterten in den Einzelstaaten das Klassenwahlsystem aufrechterhalten, welches die Geschicke des Volks der Minderheit anvertraut.

Die „Augsburger Abendzeitung" drückt sich deutlich dahin aus: „Die Ausführungen des Professor Dr. Lotz über den Antrag Kardorff verraten eine höchst mangelhafte Kenntnis der parlamentarischen Geschäftsbehandlung und wimmeln von Trugschlüssen." — So kämpft der Besitz gegen die Bildung! —

— **Die Berliner Stadtverordneten für „Selbstmord" und „freie Liebe".** Der orthodoxe „Reichsbote" ratet dem Kaiser, den von den Berliner Stadtverordneten gewählten Herrn Reicke nicht zu bestätigen, da dessen Drama „Das grüne Huhn" die Tendenz verfolge, die freie Liebe und den Selbstmord zu verherrlichen und die Stadtväter Berlins den Herrn nur wegen dieser Auffassung gewählt hätten. — Daß die behäbigen Bourgeois der Berliner Stadtverordneten-Versammlung der „freien Liebe" und sogar dem „Selbstmord" huldigen, ist freilich entsetzlich. Hoffentlich findet man die Herren nicht eines Tages sämtlich mausetot im Sitzungssaal. -

— **Die Sozialdemokratie in Elsaß-Lothringen.** Aus der Aufhebung des Diktatur-Paragraphen ziehen in erster Linie — so schreibt erregt die „Rhein.-Westf. Ztg." — die Sozialdemokraten Nutzen, die landauf, landab eine lebhafte agitatorische Thätigkeit entfalten und in ihren, jetzt nicht mehr von jenem gefürchteten Paragraphen bedrohten Blättern — ihr erstes Organ wurde wegen Schmähung des Andenkens des Kaisers Wilhelm 1. seiner Zeit kurzerhand unterdrückt — eine recht kräftige Sprache führen. Dem bekannten allgemeinen sozialdemokratischen Programm hat, wie die „Hamburger Nachrichten" melden, eine dieser Tage in Mülhausen abgehaltene sozialdemokratische Versammlung folgende sich speciell auf das Reichsland beziehende Sonderforderungen beigefügt:

> Aufhebung aller Ausnahmegesetze; Beseitigung der reaktionären Vereins- und Versammlungsgesetze aus französischer Zeit; allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht bei allen Wahlen; Aufhebung des Aufsichts- und Bestätigungsrechtes gegenüber den Gemeindevertretungen; Oeffentlichkeit der Gemeinderatssitzungen; Verbot der Nebenbeschäftigung staatlicher Beamten; Uebertragung der polizeilichen Befugnisse auf die Gemeindevertretungen; Immunität der Gemeinderatsmitglieder; Verallgemeinerung des französischen Sprachunterrichts und Unterweisung in der Gesetzeskunde an Stelle des zwangsweisen Religionsunterrichtes; Abschaffung der indirekten Steuern.

Es ist ganz selbstverständlich, daß unsere Partei die Aufhebung des Diktatur-Paragraphen ebenso eifrig benutzt, wie sie das Vorhandensein dieses Ausnahmegesetzes früher agitatorisch ausgenutzt hat. —

w. Gesindeordnung und Kontrollversammlung. Das preußische Gesetz vom 24. April 1854, betreffend die Verletzungen der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter, bedroht das Gesinde und ländliche Arbeiter mit Strafe, wenn sie sich hartnäckigen Ungehorsam oder Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft oder der zur Aufsicht bestellten Personen zu Schulden kommen lassen, oder ohne gesetzmäßige Ursache den Dienst versagen oder verlassen. Wegen Versagens beziehungsweise Verlassens des Dienstes sollten mehrere Knechte bestraft werden, die zur Kontrollversammlung waren und entgegen einem „Befehl" sich nicht rechtzeitig zur Nachmittagsarbeit gemeldet hatten. Sie waren um 2 Uhr wieder auf dem Gut, nachdem man sie in Franzburg, das 35 Minuten entfernt ist, um 11¾ Uhr abgefertigt hatte.

Das Schöffengericht sprach sie jedoch frei und das Landgericht Stralsund verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Ein Ungehorsam gegen den Befehl des Vertreters der Dienstherrschaft liege allerdings vor, indessen nur ein einfacher, während nur der qualifizierte, der hartnäckige Ungehorsam strafbar sei. Aber auch ein Verlassen des Dienstes im Sinne des Gesetzes liege nicht vor, denn dieser Begriff erfordere ein Aufgeben der Arbeit, während es sich hier um ein nicht rechtzeitiges Antreten des Dienstes handele. Und ein Versagen des Dienstes sei ebenfalls nicht anzunehmen, sondern nur eine Ausnutzung der zum Besuch der Kontrollversammlung gewährten Zeit.

Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde vom Kammergericht mit folgender Begründung verworfen: Unter einem Versagen des Dienstes sei das Versagen einer bestimmten Dienstleistung oder der Fortsetzung des Dienstes überhaupt zu verstehen. Ein solches liege aber hier nicht vor. Die Freisprechung sei gerechtfertigt.

Man muß den Eifer jenes Staatsanwalts bewundern, der Leute durchaus bestraft wissen wollte, weil sie am Tage der Kontrollversammlung 1 Stunde und 40 Minuten länger die Arbeitsstätte vermieden, als unbedingt notwendig war. Natürlich wird die Arbeiterklasse dieses Vorgehen des Staatsanwalts niemals vergessen. —

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 290. Magdeburg, Freitag, den 12. Dezember 1902. 13. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

(233. Sitzung.)

Berlin, 10. Dezember 1902

Am Bundesratstisch: Niemand.

Präs. Graf Ballestrem: Vor Eintritt in die Tagesordnung will ich Ihnen eine Mitteilung machen. Die gegen meine Verwaltung in der Sitzung vom 4. Dezember erhobenen Beschwerden habe ich geprüft und infolgedessen zu erklären: 1. Die Beschwerde der versäumten Vorlegung des Listenresultats der namentlichen Abstimmungen habe ich dahin zu bescheiden, daß diese Listen in der Regel eine halbe Stunde nach der Abstimmung vorgelegen haben. 2. Die Beschwerde des Abg. Gothein über mangelhafte Ausfertigung des Stenogramms ist insofern richtig, als die Stenographen bei der Verlesung von Stellen sich darauf verließen, daß Ihnen die Schriftstücke zugestellt würden. (Hört, hört! rechts.) Im übrigen wurde das umfangreiche Referat von unseren Stenographen gut aufgenommen. 3. Die Angriffe des Abg. Brömel gegen den Betrieb unserer vorzüglichen Heizungs- und Ventilationseinrichtungen sind unbegründet. Die von unten eingeführte Luft beträgt mindestens 18 Grad Celsius. An dem fraglichen 4. Dezember war die Temperatur zu Beginn der Sitzung 18 Prozent Celsius und am Schluß 19 Grad Celsius. (Hört, hört! rechts.) Die Temperaturlisten sind dem Abg. Brömel zur Information mitgeteilt worden. (Heiterkeit und Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Gothein (Freis. Vg.) bittet ums Wort zur Geschäftsordnung.

Präs. Graf Ballestrem: Ich kann Ihnen das Wort hierzu nicht erteilen, Sie müßten dann beantragen, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, wir sind ja noch gar nicht in die Tagesordnung eingetreten. (Heiterkeit rechts.)

Hierauf wird

Die zweite Lesung des Zolltarifgesetzes

bei § 1, Abs. 1 in Verbindung mit dem Antrag Kardorff fortgesetzt.

Abg. Dr. Arendt berichtet über die Pos. 503—516. (Buchbinderzeugstoffe, Filze, Pferdehaare.)

Präs. Graf Ballestrem: Ich habe gestern die Herren, die Anträge zum Referat gestellt haben, länger als 5 Minuten reden lassen. Bei reiflicher Erwägung bin ich nun zu der Ueberzeugung gekommen, daß auch die Redner für oder gegen Tagesordnung unter die beschränkte Zeit fallen. Die einfache Tagesordnung ist eine reine Geschäftsordnungsfrage. (Beifall bei der Mehrheit.)

Es liegen vor: ein Antrag Stockmann (Rpt.), die Pos. 503 bis 516 an eine Kommission zu verweisen, ein Antrag Stadthagen gleichen Inhalts und ein Antrag Spahn auf Uebergang zur Tagesordnung über diese Anträge. Der Antrag Spahn wird mit 198 gegen 41 Stimmen angenommen.

Abg. Lurz (Centr.) referiert über die Pos. 517—543 (Kleider, Putzwaren, Schirme, Fächer, Hüte 2c.).

Abg. Albrecht (Soz.) beantragt Rückverweisung der Pos. 517—520 an die Kommission. Abg. Haase (Soz.) beantragt Uebergang zur Tagesordnung. Als Abg. Albrecht gegen den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung spricht, wird er nach fünf Minuten mitten im Satze vom Präsidenten Grafen Ballestrem unterbrochen. (Gr. Heiterkeit bei der Mehrheit.)

Der Antrag Haase wird hierauf mit 211 gegen 54 Stimmen angenommen.

Abg. Münch-Ferber (nl.) berichtet über die Anmerkungen zu den Pos. 389—543 (Textilindustrie).

Abg. Baudert (Soz.) beantragt, diese Anmerkungen an die Kommission zurückzuverweisen,

Abg. Haase (Soz.), um wenigstens ein paar Worte sachlicher Diskussion zu ermöglichen, Uebergang zur Tagesordnung.

Nach Bekämpfung dieses Antrages durch den Abg. Baudert wird der Antrag Haase mit 213 gegen 56 Stimmen angenommen.

Abg. Graf Kanitz (kons.) berichtet über die Positionen 544 bis 568 (Leder, Kürschnerwaren, Waren aus Därmen).

Abg. Bock-Gotha (Soz.) beantragt, die Positionen 555—556 (Schuhe) an die Zollkommission zurückzuverweisen.

Abg. Dr. Stockmann (Rp.) beantragt, die Positionen 544 bis 568 an eine Kommission zu verweisen.

Abg. Haase (Soz.): Ich beantrage Uebergang zur Tagesordnung über alle Anträge dieser Positionen. Wir sind auf diesen taktischen Weg gegen unseren Willen gedrängt. Wenn uns auch mitten im Satze das Wort abgeschnitten wird, so weiß doch das Volk, auf welcher Seite der ernste Wille besteht, eine sachliche Erörterung soweit wie möglich zu pflegen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bock (Soz.) spricht gegen den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung.

Der Antrag Haase wird mit 215 gegen 55 Stimmen angenommen.

Abg. Trimborn (Centr.) berichtet über die Positionen 569 bis 585 (Kautschukwaren).

Abg. Baudert (Soz.) beantragt Verweisung an die Kommission. Abg. Haase (Soz.) Uebergang zur Tagesordnung.

Der Antrag Haase wird mit 214 gegen 54 Stimmen angenommen

Abg. Molkenbuhr (Soz.) referiert über die Positionen 586 bis 599 (Geflechte, Flechtwaren, Besen, Bürsten, Pinsel). (Staatssekretär Posadowsky erscheint während des Referats im Saal, während fast alle Mitglieder der Mehrheit den Saal verlassen.)

Abg. Zubeil (Soz.) beantragt Verweisung an eine Kommission, Abg. Haase (Soz) Uebergang zur Tagesordnung über den Verweisungsantrag.

Abg. Haase (Soz.) konstatiert, daß von der ganzen Mehrheit nur 15 Mitglieder anwesend waren.

Abg. Zubeil (Soz.) hält im Interesse der Pinselfabrikation Verweisung an eine Kommission für empfehlenswert.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Haase mit 207 gegen 53 Stimmen angenommen.

In Vertretung des Dr. Müller-Sagan referiert Abg. Bleil (Freis. Vp.) eine halbe Stunde über die Pos. 600—651 (Waren aus tierischen oder pflanzlichen Schnitz- oder Formenstoffen).

Abg. Zubeil (Soz.) beantragt Verweisung an eine Kommission, Abg. Haase (Soz) Uebergang zur Tagesordnung über diesen Antrag. Der Antrag Haase wird mit 215 gegen 60 Stimmen angenommen.

Abg. Dr. Arendt (Rp.) referiert 10 Minuten über die Pos. 652—675 (Papier, Pappe und Waren daraus).

Abg. Ledebour (Soz.) beantragt Verweisung der Positionen an eine Kommission, Abg. Haase (Soz.) Uebergang zur Tagesordnung über diesen Antrag.

Ledebour (Soz.): Dr. Arendt scheint den Ehrgeiz gehabt zu haben, das allerminderwertigste Referat zu halten.

Vizepräs. Büsing: Sie dürfen von einem Abgeordneten nicht behaupten, daß er den Ehrgeiz gehabt hat, das allerschlechteste Referat zu halten. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Ledebour (fortfahrend): Zahlreiche große Vereinigungen haben sich gegen die Beschlüsse der Kommission ausgesprochen.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf der Antrag Haase mit 317 gegen 52 Stimmen angenommen.

Abg. Dr. Arendt (Rp.) referiert über die Pos. 676—679 (Bücher, Bilder, Gemälde).

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Freis. Vp.) referiert über die Pos. 680—712 (Waren aus Steinen oder anderen mineralischen Stoffen).

Abg. Reißhaus (Soz.) beantragt Verweisung der Pos. 680 bis 712 an eine Kommission, Abg. Dr. Spahn (Centr.) Uebergang zur Tagesordnung.

Der Antrag Spahn wird mit 227 gegen 66 Stimmen angenommen.

Abg. Demmig (Freis. Vp.) berichtet über die Pos. 713—734 (Thonwaren.)

Abg. Dr. Stockmann (Rp.) beantragt Verweisung an eine Kommission. Abg. Dr. Spahn (Centr.) Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Dr. Stockmann (Rp.): Wir wollen jetzt, wo es sich um die Referate handelt, die Geschäfte des Hauses fördern. Zu einer sachlichen Beratung werden wir beim Antrag Kardorff selbst kommen. (Lachen links.)

Der Antrag Spahn wird in einfacher Abstimmung angenommen.

Abg. Dr. Spahn (Centr.) berichtet über die Pos. 735—768 (Glas und Glaswaren).

Abg. Horn-Sachsen (Soz.) beantragt Rückverweisung an die Kommission, Abg. Haase (Soz.) Uebergang zur Tagesordnung.

Nachdem Abg. Horn-Sachsen seinen Antrag begründet hat, wird der Antrag Haase in einfacher Abstimmung angenommen.

Abg. Letocha (Centr.) berichtet über die Pos. 769—776 (Edle Metalle und Waren daraus).

Abg. Hoch (Soz.) beantragt Rückverweisung an die Kommission. Abg. Haase (Soz.) beantragt Uebergang zur einfachen Tagesordnung über den Antrag Hoch.

Der Antrag Haase wird in einfacher Abstimmung angenommen.

Abg. Letocha (Centr.) referiert über die Pos. 777—843 (Eierzölle). Ebenso Abg. Dr. Arendt (Rp.).

Ueber die Pos. 844—891 (Aluminium, Blei, Zink, Zinn, Nickel, Kupfer) berichtet ebenfalls Abg. Dr. Arendt.

Abg. Ledebour (Soz.) beantragt Zurückverweisung dieser Positionen an die Kommission. Abg. Singer (Soz.) beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Singer (Soz.): Wir sind durch die Handhabung der Geschäftsordnung seitens der Mehrheit gezwungen, um überhaupt zum Wort zu kommen, von dem Mittel der Ueberweisungs- und Tagesordnungsanträge Gebrauch zu machen. Daß wir nur fünf Minuten reden dürfen, ist ein Zustand, mit dem Sie sich ein Denkmal der Unterdrückung der Redefreiheit gesetzt haben.

Gegen den Uebergang zur Tagesordnung spricht Abg. Ledebour (Soz.). Der Zoll auf Nähmaschinen ist von 24 Mark auf 35 Mark erhöht worden. Nähmaschinen werden in der Hauptsache von Arbeitern und Arbeiterinnen der Konfektionsbranche gekauft. Dazu kommt die kolossale Erhöhung des Zolles für Nähmaschinennadeln von 200 auf 500 Mark. Alle diese Verteuerungen schädigen am ersten die armen Mädchen. Verweisen Sie diese Positionen zurück.

Der Antrag Singer wird hierauf angenommen.

Es folgt das letzte Referat. Abg. Paasche (natl.) referiert über die Positionen 926—946 (Feuerwaffen, Uhren, Tonwerkzeuge, Kinderspielzeug).

Abg. Geck (Soz.) beantragt Ueberweisung an die Kommission, Abg. Reißhaus (Soz.) beantragt einfache Tagesordnung und begründet seinen Antrag kurz.

Abg. Bock-Gotha (Soz.): Die letzte Position des Zolltarifs handelt vom Kinderspielzeug. Jetzt, angesichts des Weihnachtsfestes hätten die christlichen Herren der Mehrheit keine bessere Gelegenheit, ihr Wohlgefallen für die Menschen zu beweisen als hier. Die Uhr spielt ja jetzt eine so große Rolle im Reichstag (Heiterkeit), daher ist auch eine besondere Rücksicht auf die Uhrenindustrie notwendig. Die Schwarzwälder Uhrenindustrie würde geradezu dem Ruin preisgegeben, wenn durch ungünstige Handelsverträge ihr Export geschädigt würde. (Glocke des Präsidenten.) Ach so, meine Uhr ist abgelaufen. (Heiterkeit.)

Der Antrag Reißhaus wird in namentlicher Abstimmung mit 220 gegen 60 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen. Während der Abstimmung gehen unter großer Heiterkeit des Hauses die elektrischen Bogenlampen eine nach der anderen bis auf wenige aus.

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Donnerstag 10 Uhr vormittags.

Schluß 6¾ Uhr. —

Krupp in gewerkschaftlicher Beleuchtung.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands schreibt: Wir haben weder mit der sittlichen oder juristischen Seite der Kruppaffaire etwas zu thun, denn die Person des Unternehmers, ihre menschlichen Vorzüge und Verfehlungen scheiden aus dem Gewerkschaftskampfe völlig aus. Das einzige, was uns als Gewerkschaftler an der Person des verstorbenen A. F. Krupp von Interesse sein könnte, ist seine völlige Passivität als Unternehmer und Großindustrieller.

War sein Vater noch die Seele dieses Riesenbetriebes, den er zwar nicht gegründet, aber doch durch thätige Mitarbeit in seiner besten Entwicklung geleitet hat, — so war der Sohn nur noch der Besitzer des Rechtstitels auf diese vereinigten Unternehmungen, der Inhaber des Millionenkapitals, für welches cirka 44 000 Arbeiter Jahr aus, Jahr ein schaffen und frohnden mußten, um es zu verzinsen und zu vermehren. Kein Atom körperlicher und geistiger Arbeit ging von ihm aus in den Betrieb über, der ihm auch nur den kleinsten Teil eines natürlichen Anteilrechtes an diesem verschafft hätte. Sein ganzes Verdienst war, der Sohn seines Vaters zu sein, seine ganze Arbeit, ein Teil der ihm mühelos

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. von Saraum

(62. Fortsetzung.)

20.

Die einundzwanzig Schuß verkündeten, daß der König schon wieder nach Stockholm zurückgereist sei. Dies war genügend für die Blätter der Opposition, um mit gewohnter Schonungslosigkeit über die Regierung herzufallen. Die ganze Presse kam in Harnisch; alle alten Streitpunkte wurden wieder aufgegraben; jede Partei fand ihre Scheltworte wieder, die wie Federbälle hin- und hergeworfen wurden, und die Abonnenten ergötzten sich daran, sie durch die Luft fahren zu sehen.

Unberührt von den politischen Stürmen wanderte der Ritter Falck-Olsen an dem folgenden Sonntag vor seinem großen Spiegel auf und ab. Seine Gattin machte sich im Zimmer zu schaffen, indem sie mit Stolz das kleine Ordensband im Knopfloch betrachtete.

„Hör' Du Frau, wir müssen reisen."

„Reisen? Weshalb? Bist Du nicht zufrieden? Du hast ihn ja!"

„Ach was! Ein Orden ist nur der erste Schritt!"

„Du lieber Himmel!" rief Frau Falck-Olsen ärgerlich, „was Du Dir einbildest, Ole Johann! Wenn ein Orden nur der erste Schritt ist, so möchte ich wohl wissen, was der nächste ist?"

„Noch ein Orden!" antwortete ihr Mann und verließ den Salon.

Man hatte ihm nämlich eingebildet, daß die deutschen Fürsten Orden mitnehmen, wenn sie einen Badeort besuchen; dann sei es leicht, einen zu bekommen, namentlich, wenn man schon vorher einen hatte.

Die Familie Falck-Olsen reiste also nach Ems, und nach einigen Wochen erhielt Karoline Hjelm von Luise einen Brief, in dem es unter anderem hieß:

„Du kannst Dir nicht vorstellen, wie herrlich es ist, morgens zu erwachen und dann nicht an Hans denken zu müssen. Daß ich nur habe so dumm sein können! Er paßt gar nicht für mich. Gestern ritten wir auf Eseln, und ein Engländer, der mit dabei war (Papa sagt, es sei ein Lord), ist heute so übel daran, daß er nicht sitzen kann wie andere Leute, sondern ein Stück vom Rückgrat benutzen muß."

Karoline war so unvorsichtig, dies ihrer Mutter vorzulesen. Und am nächsten Tage sagte Frau Hjelm zum Vetter Hans: „Dein Urteil über Luise Falck-Olsen war leider nur allzu richtig. Das Ausland hat sie schon von Grund aus verdorben."

Vetter Hans seufzte. —

Andreas der Allmächtige war in der That geisteskrank geworden.

Ein paar Tage ging er im Ministerium umher und verursachte einen großen Skandal, indem er allerlei Dinge erzählte, die nicht erzählt werden durften. Der Minister Bennechen ward deshalb genötigt, kräftig einzuschreiten, und durch Redakteur Mortensens Vermittlung gelang es, den alten treuen Diener bei einer gewissen Madame Gluncke anzubringen, welche eine Nähschule für junge Mädchen hielt.

Hier ging es ihm vortrefflich. Denn es ergab sich, daß er namentlich in den letzten Jahren reichliche, ja überraschend reichliche Einschüsse in die Sparkasse gemacht hatte; und als er einige Zeit unter den munteren Mädchen in Male Bimbams Nähschule verkehrt hatte, schien er das Ministerium und alles was dazu gehörte ganz vergessen zu haben.

Dahingegen ward er ein sehr eifriger Kirchgänger und er hielt sich stets an die Seite, wo die Frauen saßen. Und manche junge Dame machte sich eine religiöse Freude daraus, das Gesangbuch dem ehrwürdigen Greise vorzuhalten; es war beinahe erbaulich, dies milde Antlitz und die schneeweißen Locken, die über den Rockkragen herabfielen, zu sehen. —

Inzwischen aber ward in der Presse mit wahrer Raserei Federball gespielt; besonders geschäftig war die Opposition.

Zuerst wunderte man sich darüber, was man im Ministerium wohl mit dem Amtmann Hjorth sollte, einem Mann, den niemand kannte. Dann kamen Andeutungen über einen furchtbaren Skandal in Minister Bennechens Ministerium: Dokumente sollten verschwunden, geheime Fächer entdeckt sein — Enthüllungen der bedenklichsten Art.

Die mündlichen Gerüchte, die in Umlauf gesetzt wurden, waren noch schlimmer und stiegen ganz hinab bis zu einer berüchtigten Frauensperson Namens Madame Gluncke, die in Verbindung mit Minister Bennechen genannt wurde. Außerdem war es stadtbekannt, daß zwei Kinder des Ministers nach einer schrecklichen Familienscene Hals über Kopf nach Amerika gereist waren.

Aber ganz besonders beschäftigten sich die Gerüchte mit dem Verschwinden Mohs, des allmächtigen Ministerialboten.

Der Minister Bennechen trug sein Haupt bei alledem noch etwas höher als gewöhnlich, und er zeigte dasselbe würdige Lächeln wie immer, wenn man ihn auf der Straße grüßte.

Gleichwohl stieg die Unruhe im Ministerium. Jeden Morgen stürzte man sich über den „Wahren Volksfreund"; aber der verhielt sich ruhig; kein gewaltiger Leitartikel erschien, um den Schreiern den Mund zu stopfen und die Gemüter zu beruhigen.

„Jetzt muß Mortensen dran!" rief der Kanzlist Oerseth eines Morgens und schlug auf den Tisch.

„Ja, bei Gott, das muß er!" wiederholte der Kammerjunker Hjorth, dem jetzt der Himmel voller Geigen hing.

Und das ganze Ministerium war darüber einig: jetzt müsse Mortensen dran. Deshalb war die Stimmung in hohem Grade gespannt und erhitzt, als der Redakteur eintrat und das feuchte Blatt auf den Tisch warf.

Hjorth ergriff die Zeitung und las:

„Gerüchtverbreiter und Ränkeschmiede."

Endlich! — Es trat lautlose Stille ein, während er las

Zuerst ward hervorgehoben, wie sehr die Opposition von Waffen entblößt sein müsse, wenn sie sich dazu hergäbe, ein politisches Kapitel aus Gerüchten und Weibergeklatsch herauszubringen. Darauf ward die gegenwärtige politische Stellung als für jeden gutgesinnten und aufgeklärten Bürger zufriedenstellend bezeichnet.

„Daß indessen —" las Hjorth weiter, aber der Redakteur riß ihm das Blatt aus der Hand — „lassen Sie mich lesen: „— daß indessen eine so alltägliche Begebenheit wie

zufließenden Millionen auf mehr oder weniger generöse Weise unter die Leute zu bringen. Die Rolle, die die bürgerliche Oekonomie dem Unternehmer andichtet, Leiter und erster Mitarbeiter seines Betriebes zu sein, übertrug er einem Direktorium von Beamten, Kaufleuten und Juristen. Zahlreiche Unterabteilungen trugen deren Anordnungen und Befehle bis zum Arbeiter und völlig mechanisch verrichtete der Betrieb seinen Dienst. Der Tod Krupps hinterläßt in diesem Riesenunternehmen daher nicht die geringste Lücke; es war schon längst ein Privatbetrieb nur dem Namen nach, ein Betrieb ohne Unternehmer, ein Kapitalsunternehmen auf höchster Stufenleiter.

Wenn daher die Unternehmerpresse Fr. A. Krupp in Ermangelung anderer hervorragender Verdienste als den größten Industriellen Deutschlands, ja der ganzen Welt, feiert, so muß dieses Lob, wenn es ein solches wirklich ist, im Interesse einer wahren Darstellung unserer gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge zurückgewiesen werden. Krupp war nicht Großindustrieller, sondern Kapitalist, wie der Hauptaktionär irgend eines Unternehmens; er war nicht Chef des Betriebes, der seinen Namen trug, insofern sich mit dieser Bezeichnung der Gedanke auch nur des geringsten Arbeitsanteiles verbindet, sondern nur Eigentümer desselben. Als solcher war er nichts als Zehrer am Ertrag der Arbeit, — ein persönlich völlig unnützliches und daher entbehrliches Glied der Gesellschaft. Ihn nur als Großkapitalisten zu feiern, wäre daher der bürgerlichen Presse selbst geschmacklos erschienen; sie will Verdienste feiern, und es ist ja kein Verdienst, Kapitalist zu sein.

Dann wird der verstorbene Krupp als Wohlthäter der Arbeiter gefeiert. So weit diesem Wohlthätertum nichts anderes zu Grunde liegt, als die Thatsache, daß 44 000 Arbeiter und Angestellte für den einen Kapitalisten arbeiten und für den dafür erhaltenen Lohn 150 000 Menschen ernähren, bekleiden, unterhalten dürfen, sind wir sehr rasch mit ihm fertig. Wenn es eine Wohlthat ist, sich durch anderer Arbeit ein arbeitsloses und sicher nicht entbehrungsvolles Dasein gewähren zu lassen, alljährlich Millionen einzustreichen, ohne dabei einen Finger zur Arbeit gerührt zu haben, so ist es Krupp selbst, der mehr als irgend einer Wohlthaten empfing, Wohlthaten von mehr als 40 000 Arbeitern, denen es oft selbst am Notwendigsten fehlte. Indes was die Arbeiter ihm gaben, geschah wohl nicht aus freiem Herzen, sondern unter dem Zwange der gegenwärtigen Eigentums- und Wirtschaftsordnung, die den Armen zwingt, dem Kapitalisten Mehrwert zuzuschanzen. Aber mit diesem allgemeinen „Wohlthäterruhm", den jeder Unternehmer für sich beansprucht, begnügen sich die Krupp-Offiziösen nicht; ihr Herr und Meister muß nicht bloß der größte aller Industriellen, sondern auch der größte aller Arbeiterfreunde gewesen sein. Um dies glaubhaft zu machen, treiben sie eine widerliche Reklame mit den sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen der Kruppschen Anstalten. Dieselben bestehen darin, daß die Firma Krupp zur Unterbringung ihrer Arbeiter eigene Werkwohnungen bauen ließ, die die Ausdehnung kleiner Städte haben, mit Schulen, Kirchen, Krankenhäusern, Bädern usw., daß sie weiter Kranken- und Pensionskassen für ihre Arbeiter und Angestellten ins Leben rief und endlich Konsumanstalten errichtete, in denen die wichtigsten Artikel des Lebensbedarfs um ein Geringes wohlfeiler als sonst am Orte zu kaufen waren.

Solche Einrichtungen können nur unter Umständen von den Arbeitern wohlthätig empfunden werden; aber wo sie Bestandteile des kapitalistischen Unternehmens sind, das Tausende von Arbeitern zwingt, sich in der Umgebung des Werkes, ohne zureichende Wohnungsgelegenheit, anzusiedeln, ihre Nachkommenschaft daselbst zu erziehen und ihr Leben lang im Dienst des Unternehmens auszuharren, da hört ihr Wohlthätigkeitscharakter auf, da werden sie zur Voraussetzung des Betriebes. Dies trifft in besonderem Maße für die Kruppschen „Wohlfahrtseinrichtungen" zu. Auch sind diese Einrichtungen gar nicht das Werk des jetzt verstorbenen Krupp, sondern seines Vaters, die ihm dieser mit dem Betriebskoloß und Millionenvermögen hinterließ. Wenn dieselben schon Wohlthaten, ihre Gründung ein gemeinnütziges Verdienst wären, so gehen doch nicht Verdienst und Wohlthäterruhm auf den Erben über, der selbst nicht das geringste dafür gethan hat.

Die Weihrauchsnebel sind rasch zerstoben, wenn der frische Luftzug der Wahrheitskritik dazwischenbläst. Die Verdienste Krupps als Großindustrieller sind Phantasieprodukt. An den Betriebseinrichtungen und Nebenunternehmungen der Firma Krupp ist der Verstorbene überhaupt so unschuldig, wie an der Entstehung seines Betriebes. Was aber das Kruppsche Kapital als Hausbesitzer, als Warenhaus-Unternehmer und als Versicherungs-Unternehmer geleistet hat, das liegt so völlig auf dem Gebiete des Geschäfts, und nicht auf dem der Arbeiterwohlfahrt, daß eine ernste Wohnungs-, Genossenschafts- und Versicherungsgesetzgebung im Interesse des Gemeinwohls mit den durch diese angeblichen „Wohlthaten" heraufbeschworenen Zuständen gründlich aufräumen muß.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 11. Dezember 1902

Die Antwort der Bestien.

Wenn noch irgend etwas den Groll der Magdeburger Arbeiterschaft zur Siedehitze steigern konnte, wenn noch irgend etwas nötig war, um unsere Versammlungen zu füllen, so war es unsere gestrige Meldung von den Entlassungen auf dem Krupp-Grusonwerk. Die Erbitterung, welche infolge der Vorgänge im Reichstage das Herz jedes Arbeiters erfüllte, hat durch die neuesten Vorgänge in Magdeburg jenen Höhegrad erreicht, welcher die feige Furcht der Bourgeoisie vor dem „roten Gespenst" natürlich erscheinen läßt.

Die Vorgänge im Reichstage, die empörenden Gewaltstreiche der parlamentarischen Kamorra, die niederdrückenden Ergebnisse der Arbeitslosenzählung — alles wirkte zusammen, um die Arbeiterklasse von Magdeburg zu einem flammenden Protest gegen die Zollpläne und Staatsstreichprojekte der herrschenden Parteien zu veranlassen.

Besonderen Beifall erhielten die Redner in allen Versammlungen, wenn sie trotz der Mahnungen und Warnungen der letzten Zeit die Versammelten aufforderten, sich zu verpflichten, selbst in den Stunden der höchsten Gefahr treu zur Fahne der Sozialdemokratie zu stehen.

In der

Sudenburg

referierte Gen. Marckwald vor ca. 300 Personen in der „Zerbster Bierhalle". In den 1½stündigen Ausführungen des Referenten wurde zunächst der Zolltarif, die Ursache der ganzen politischen Verwirrung, einer eingehenden Betrachtung unterzogen. In chronologischer Reihenfolge wurden die Vorgänge im Reichstage, vom Antrag Aichbichler bis zur Ohrfeigen-Affaire des Herrn Major a. D. Placke, eingehend besprochen. Große Erregung rief die Mitteilung des Referenten hervor, daß am Mittwoch zwei Arbeiter, die lange Jahre auf dem Krupp-Grusonwerk gearbeitet, entlassen wurden, weil sie sich geweigert hatten, die Huldigungsadresse an den deutschen Kaiser zu unterzeichnen. — In

Buckau

hatte es Gen. Haupt übernommen, vor ebenfalls 300 Personen den Gewaltstreich der Junker und Junkergenossen in zweistündiger Rede gebührend zu geißeln. Auch hier rief die Besprechung der Entlassung von Andre und Kutzner eine zitternde Erregung hervor. — In

Magdeburg

sprach Genosse Bender vor einem vollen Saal im „Dreikaiserbund". Der temperamentvolle Redner verstand es, in packender Weise das neueste Attentat auf die Volksrechte den Anwesenden klar und deutlich darzustellen. — In

Neustadt

referierte vor gut 400 Personen, die sich im „Weißen Hirsch" versammelt hatten, der Genosse Albert über die klassisch zu Tage getretene Gewaltpolitik der Mehrheitsparteien im Reichstage. Hier genügte den Anwesenden die vorgelegte Resolution nicht und wurde deshalb die nachstehende angenommen:

Die heute am 10. Dezember 1902 im „Weißen Hirsch" tagende Volks-Versammlung erhebt hiermit flammenden Protest gegen die frevelhafte Vergewaltigung der Minderheit und gegen das gemeingefährliche Treiben der Brotwucher und Zollpiraten des Reichstages, denen die heiligsten Rechte des arbeitenden Volkes nichts sind, sondern nur darauf ausgehen, über dasselbe wie Raubritter und Straßenräuber herzufallen, um sie auszuplündern.

Mit Entrüstung protestieren die Versammelten gegen den ungerechten Ausschluß des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Singer aus der Sitzung am 4. Dezember 1902, sowie gegen die Außerachtlassung allen Rechtes, welches von seiten des Reichstagspräsidiums in derselben angewandt wurde. Die Versammelten verlangen entschieden, daß auch den Abgeordneten der sozialdemokratischen Partei dieselben Rechte gewährleistet werden, wie den übrigen Parteien des Reichstages.

Ihre Mißbilligung und tiefe Abscheu spricht die Versammlung gegen den Führer und Reichstagsabgeordneten der Freisinnigen Volkspartei, Eugen Richter, nachdrücklichst aus wegen seiner vorschubleistenden und volksverräterischen Handlungsweise bei der Beratung des Zolltarifes im Reichstage und erklärt denselben für vollständig unwürdig, den Namen Volksvertreter für sich in Anspruch zu nehmen, und geben die Versammelten der Hoffnung Ausdruck, daß die Wähler bei der kommenden Reichstagswahl dafür sorgen werden, daß derselbe nie mehr den Reichstagssaal als Abgeordneter betreten wird.

Volle Hochachtung und innigsten Dank spricht die Versammlung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aus für ihr mutiges, unerschrockenes und energisches Eintreten gegen die schamlose Verhöhnung und Niedermetzelung der bestehenden Geschäftsordnung des Reichstages von seiten der Zollmehrheit, welches nur ein Vorspiel ist zu weiteren Gewaltakten, wie Verfassungsbruch, Wahlrechtsraub, sowie vollständige Unterdrückung und Rechtlosmachung des arbeitenden Volkes.

Die Versammlung fordert die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten auf, keine Mittel und Wege zu scheuen, um den beutegierigen und habsüchtigen Brotwucherparteien des Reichstages den Raubzug auf die Taschen des ohnedies schon in Massen hungernden Volkes zu verhindern, denn dieselben können sich der nachdrücklichsten Unterstützung der Arbeiterschaft Magdeburgs hierbei versichert sein.

Die Versammelten erklären noch ganz ausdrücklich, daß sie gar keinen Grund und Ursache haben, der Sozialdemokratie den Rücken zu kehren, sondern daß sie stolz darauf sind, derselben anzugehören. Ganz besonders sprechen die Versammelten ihre innige Freude und Genugthuung darüber aus, daß solche Ausbeuter, Terroristen und Aufhetzer, wie die sozialdemokratischen Agitatoren sein sollen, gleichzeitig ihre Vertreter in den Kommunen, in den Landtagen und im Reichstage sind, wo sie mit solcher Energie, Mut und Unerschrockenheit für das geknechtete und hungernde Volk eintreten.

In allen übrigen Versammlungen gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Durch die Zertrümmerung der Geschäftsordnung des Reichstages, durch den Bruch der Verfassung, durch die Verhinderung jeder wirklich sachlichen Beratung des Zolltarifes hat sich die Mehrheit des deutschen Reichstages außer Recht und Gesetz gestellt. Sie hat jede parlamentarische Ordnung zertreten und das Recht der Minderheit, ihre Meinung über den Zolltarifentwurf der Reichstagskommission frei zu äußern, vergewaltigt. Zu solchen Rechtsbrüchen hat sich die Mehrheit lediglich verleiten lassen durch die Erkenntnis, daß an der Wahrung des Gesetzes und des parlamentarischen Rechts ihr volksfeindlicher Anschlag gegen die wirtschaftlichen Interessen des arbeitenden Volkes notwendig hätte scheitern müssen, da die Zollmehrheit lieber auf die Jagd geht, als im Reichstage arbeitet, so daß sie auf die Dauer keine beschlußfähige Mehrheit zusammenhalten kann. Die Arbeiterschaft protestiert entrüstet gegen diesen parlamentarischen Staatsstreich einer Mehrheit, deren Willen dem Volkswillen schroff entgegensteht, sie protestiert entrüstet gegen die Vergewaltigungen und Beschimpfungen, die den wahren Vertretern des Volkes, den sozialdemokratischen Abgeordneten im deutschen Reichstage, sowie in der reaktionären Presse zugefügt worden sind. Sie spricht der sozialdemokratischen Fraktion ihren Dank und ihre Bewunderung aus für die unermüdliche Tapferkeit, mit der sie das klare Recht und das Interesse des Proletariats gegen die Anschläge der Junker, Pfaffen und Scharfmacher verteidigt. Gleichzeitig verurteilt sie mit aller Entschiedenheit die heimtückische Verrätertaktik der von Eugen Richter geleiteten Freisinnigen Volkspartei. Durch die wüste Hetze, die die reaktionäre Presse gegen den sozialdemokratisch denkenden Teil des Volkes und gegen das allgemeine Reichstagswahlrecht eröffnet hat, hat sie die letzten Ziele der volksfeindlichen Mehrheit verraten. Die Versammlung vertraut darauf, daß an dem festen Zusammenschluß des arbeitenden Volkes und an der rastlosen Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie alle finsteren Pläne der Volksausbeuter und Volksentrechter scheitern werden.

Außerdem erklärt die Versammlung, der Aufforderung des deutschen Kaisers, der sozialdemokratischen Partei den Rücken zu kehren, nicht zu folgen.

Mit der Aufforderung zum Beitritt in den Sozialdemokratischen Verein, zum Abonnement auf die „Volksstimme" und mit einem dreifachen Hoch auf die alle Zeit schlagfertige Sozialdemokratie wurden die vier Versammlungen geschlossen.

Die Kundgebungen, wie sie in Magdeburg und anderwärts in den letzten Tagen stattfanden, werden die herrschenden Parteien aufs neue davon überzeugen, daß die Arbeiterklasse nichts zu verlieren hat, als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen. —

— **Sozialdemokratischer Verein.** Der Leseabend für die Mitglieder der Altstadt findet Freitag abend 8 Uhr im „Dreikaiserbund" statt. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. —

— **Von den Hirsch-Dunckerschen.** Eine öffentliche Gewerkvereins-Versamlung der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter (H.-D.) tagte am Montag abend in der „Wilhelma". Der Referent G. Hartmann-Berlin bestätigte in seinem Vortrage unsere Auffassung, die wir schon bei einem kürzlich gehörten Vortrage Gleichaufs aus Mannheim im „Hohenzollernpark" äußerten, daß die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Verein mit dem sicheren Vorgehen und dem ständigen Wachsen der modernen Gewerkschaften die Gewerkvereine aus ihren bisherigen Bahnen drängten. Neben einer durchaus zutreffenden Schilderung der Interessengegensätze von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die allerdings nicht erst seit dieser Krise, sondern so lange bestehen, wie die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine alt sind, beleuchtete der Referent auch Mißstände in hiesigen Fabriken, gegen die Front zu machen Pflicht der Mitglieder sei. Zum Schluß forderte er zum gemeinsamen Vorgehen aller Organisationen gegen die Willkür der Unternehmer auf. Raum sei für alle. Es müsse endlich der Kampf

---

die Verabschiedung eines alten Ministerialboten ein so skandalöses Geschreibe veranlassen kann, ist an und für sich ein recht beachtenswertes Zeichen der Zeit. Denn dahinter — hinter diesem erheuchelten Interesse für die kleinsten Details der Staatsleitung birgt sich etwas ganz anderes, etwas, das Tag für Tag an Ausbreitung unter uns gewinnt, etwas, das aufs ernstlichste an der Wurzel gefaßt werden muß, wenn es nicht für unser Staatsleben verderbliche Früchte tragen soll. Das ist der eingewurzelte Haß der gemeinen Charaktere, der Halbgebildeten gegen alle Ueberlegenheit, alle Autorität, ein Haß, der sich jetzt gegen die von Gott eingesetzte Obrigkeit wendet und, indem er dem frechsten Unglauben die Hand bietet, in die heiligsten Geheimnisse des Familienlebens eindringt, mit dem Höchsten Spott treibt und den Staat der Auflösung und der wildesten Anarchie zuzuführen droht. Es giebt unter uns sicherlich manche, die sich mit dem Gedanken beruhigen, daß der norwegische Beamtenstand dergleichen Machinationen unzugänglich sei — und mit vollem Recht! Allein trotzdem ist es unsere Pflicht, den Finger auf den wunden Fleck zu legen; denn es entwickelt sich hier eine Gefahr für den ganzen Staat. Es muß dieser um sich greifenden Frechheit, die sich in Schrift und Rede über alles wirft, was nach göttlicher und menschlicher Anordnung über das Urteil der schreienden Menge erhaben ist und sein muß, eine Grenze gesetzt werden. Und wenn dies nicht recht kräftig durch eine gemeinschaftliche Anstrengung aller braven Bürger geschieht, so wird uns der gehässige Anblick eines aufrührerischen Volks, das in offenem Trotz die Gesetze und ihre Wächter verspottet, nicht erspart bleiben. Laßt uns deshalb wach sein und die Zeichen der Zeit genau beachten. Nicht als ob wir irgend eine Besorgnis nährten — wir haben Gott sei Dank sowohl an unserem erhabenen Monarchen, als auch in der Union mit unserem Brudervolk und fürwahr nicht minder in dem starken Ringe intelligenter, begabter Staatsmänner und Beamten, die so lange unseren Staat aufrecht erhalten haben und sicher ihrer Vorzeit treu bleiben werden — wir haben an dem allen viel zu starke Garantien, um Besorgnisse nähren zu können. Aber dennoch — wir wiederholen es — laßt uns wach sein und die Zeiten beachten. Es lauern böse, lichtscheue Mächte in unserer Gesellschaft, laßt das volle Tageslicht auf sie fallen und sie werden, bösen Geistern gleich, ins Dunkel, das sie erzeugt hat, zurückflüchten."

Darüber entstand allgemeiner Jubel unter dem versammelten Personal des Ministeriums.

Oerseth rieb sich die Hände und rief:

„Aha, das war recht, das wird ihnen gut thun! Haben Sie es gehört, Papa Hansen, das war was für Sie!"

Papa Hansen hockte über seinem Papierstoß. Aber alle anderen fühlten sich von einer schweren Last befreit. Der Skandal war ja zu einer winzigen Bagatelle eingeschrumpft und dem Gesindel war ein ordentlicher Hieb versetzt worden.

Aber Mortensen sah sich im Kreise um und sagte: „Seht Ihr wohl, Kinder! Was wär't Ihr ohne mich? Giebt es einen größeren Segen für ein Land, als eine aufgeklärte, wahrheitsliebende, rechtlich gesinnte Presse?"

Mortensen hatte mit seinem gewöhnlichen zweideutigen Lächeln gesprochen; man war niemals ganz sicher, ob er aufrichtig oder sarkastisch sei.

Heute aber lachte keiner; denn alle fühlten in diesem Augenblick, daß Mortensen recht habe.

Ende.

Heiteres.

Der Abg. Dr. Sattler hat sich im Reichstag lebhaft gegen die Behauptung verteidigt, daß die nationalliberalen Mitglieder des Reichstages bei der Lex Heinze Obstruktion gemacht hätten; es wären bei der Auszählung des Hauses nur einige Abgeordnete hinausgegangen, weil sie nicht länger auf das Mittagessen warten wollten.

An diesem Beispiel erkennt man sonnenklar, wie vorsichtig man in der Beurteilung scheinbar feststehender Thatsachen sein muß. Kein Mensch unter der Sonne hatte bisher an der planmäßigen Obstruktion der Nationalliberalen gezweifelt. Und alle hatten unrecht. Das Murren auf den nationalliberalen Bänken war mißverstanden worden; es waren nur die Magen, die knurrten, und die Herren waren keineswegs obstruktionslustig, sondern nur hungrig und durstig. Das mahnt zur Vorsicht. Es ist danach auch kaum mehr zweifelhaft, daß die Sozialdemokraten vor einigen Tagen nicht um Obstruktion zu treiben den Reichstagssaal verlassen haben, sondern nur um draußen ungestört ihren Rosenkranz zu beten oder um sich über eine theologische Preisfrage zu verständigen.

(„Kladderadatsch.")

unter den Arbeitern selbst aufhören, an welchem nur die Unternehmer ihre Freude hätten. Die Diskussion, die sich bis nach 12 Uhr ausdehnte, war eine recht lebhafte. Da neben den Hirsch-Dunckerschen Verbandsgenossen auch die übrigen Kollegen eingeladen waren, hatten sich auch eine größere Zahl Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eingefunden, von denen sich die Kollegen Pabel und Brandes wiederholt an der Debatte beteiligten.

Letzterer äußerte seine Befriedigung über den Geist, der jetzt in den Gewerkvereinen Platz greife; die Ursache sei bekannt. Ehe jedoch die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes Vertrauen zu den Kollegen der Gewerkvereine fassen könnten, müßten diese solche Handlungen unterlassen, über welche sich heute die Unternehmer außerordentlich freuen. Er nenne die Unterstützung der arbeiterfeindlichen Zeitungen „General-" und „Central-Anzeiger" und den Boykott der hiesigen Arbeiterpresse „Volksstimme" durch die Mitglieder der Gewerkvereine, desgleichen die Unterstützung der Richtung Eugen Richter, Crüger u. Co., welche nicht nur die Beschlüsse von Kreuznach zuwege gebracht, sondern auch jetzt Handlangerdienste leisteten, damit der Wuchertarif Gesetz wird, durch den die gewerkschaftlichen Errungenschaften langer Zeit wieder zu schanden werden. Ebenso die Handlungsweise eines Vorstandsmitgliedes der Gewerkvereine, der eine unbändige Freude daran hatte, die Kollegen des Grusonwerks zu veranlassen, ihre Unterschrift zur Absendung des Kaisertelegramms zu geben, von welchen er wußte, daß sie diese Unterschrift nur gezwungen geben. So lange diese Verhältnisse noch herrschen, werde an eine Verständigung nicht zu denken sein. Der Referent erklärte, daß auch er mit den Beschlüssen in Kreuznach und der Taktik Richters nicht einverstanden sei. Herr Fellgiebel jedoch entschuldigte diese Haltung, der Reichstag dürfe nicht ein slovakischer Landtag werden. Dafür wurde ihm von Brandes die richtige Antwort zu teil. —

— **So viel und doch so wenig!** Für die Magdeburger Armen werden im Etat für 1903 im ganzen 874 100 Mark gefordert. Eine große Summe, und doch wie klein im Verhältnis zu den unzähligen Armen, die der Unterstützung bedürfen. Unter den Ausgaben werden die Unterstützungen in bar mit 204 522 Mark, die Zuschüsse zur Unterhaltung der städtischen Armenanstalt 368 310 Mark aufgeführt. Für die Kranken-Anstalt Altstadt ist ein Zuschuß von 184 800 Mark erforderlich. Für die Kranken-Anstalt Sudenburg ein Zuschuß von 132 440 Mark. Die Armen- und Arbeitsanstalt erfordert einen Zuschuß von 45 500 Mark und die städtische Erziehungs-Anstalt macht einen Zuschuß von 5570 Mark notwendig. — Und doch ist es kaum der zehnte Teil der Bedürftigen, der dieser knappen Unterstützung teilhaftig wird. Mit Wohlthaten ist eben die soziale Frage nicht zu lösen. —

— **Es leben die christlichen Ausbeuter!** Wie alljährlich, agitiert der „Deutsche Volksbund" auch diese Weihnachten dafür, daß man nicht bei Juden kaufen soll. In allen Tonarten werden die „jüdischen Ausbeuter" gebrandmarkt, und zum Schluß heißt es in dem temperamentvollen Aufruf:

Wenn Ihr trotzdem noch den Mut und den verfluchten Leichtsinn, in einen Judenladen zu gehen, findet, so seid Ihr unwert, den Namen „Christen" und den Namen „Deutsche" zu tragen.

Schmach über Euch, die Ihr ein Judengeschenk unter einen Christbaum legt!

Schmach über Euch, die Ihr Euren deutschen Bruder verleugnet und die Juden unterstützt!

Schmach über Euch, in deren Weihnachtsfeier hineinklingt der Fluch vernichteter Existenzen und das Seufzen armer Näherinnen, all' jener deutschen Arbeiterinnen, die sich in ihrer Dachkammer bis in die Nacht hinein für einen Hungerlohn quälen mußten, damit Ihr „billige" Weihnachtsgeschenke beim Juden kaufen könntet!

Also kauft bei den christlichen Ausbeutern. Die jüdischen sind vielleicht doch um einen Grad schlimmer. O sancta simplicitas! —

— **Für das Städtische Orchester** ist pro 1903 ein Zuschuß von 27 000 Mark nötig. Im ganzen sind vorgesehen im Etat 111 900 Mark Ausgabe, dagegen nur eine Einnahme von 84 000 Mark. —

— **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters** erhalten wir folgende Zuschrift: „Hoffmanns Erzählungen", die phantastische Oper von Jacques Offenbach, welche am nächsten Sonntag völlig neu einstudiert in Scene geht, wird für viele unserer Opernfreunde fast eine Novität sein, denn seit 12 Jahren, seit dem Dezember 1890, ist das Werk hier nicht gehört worden. Die Entstehungsgeschichte dieser Oper ist so interessant, daß einige Notizen darüber gewiß willkommen sein dürften. Jacques Offenbach, der Begründer des leichteren Genres in der komischen Oper, der Komponist von „Orpheus in der Unterwelt", „Schöne Helena", „Fritzchen und Lieschen" und anderer komischer Opern, hatte sich ursprünglich nur durch die Not auf die Bahn des leichteren Genres drängen lassen. Als junger Mensch in großer Dürftigkeit nach Paris gekommen, mußte er daran denken, schnell Geld zu verdienen und seine einschmeichelnden, graziösen Kompositionen fanden bald zahlreiche Liebhaber. Sein ganzes Leben lang aber blieb es Offenbachs Sehnsucht, einmal eine ernste Oper in strengerem Stile zu schreiben. Auf sein Betreiben schrieb ihm Jules Barbier ein Textbuch, dem dieser die phantastischen Erzählungen des 1822 verstorbenen originellen Romandichters und Novellisten Ernst Theodor Amadeus Hoffmann zu Grunde legte. Offenbach aber sollte die Aufführung seines Lieblingswerkes nicht mehr erleben. Er starb am 5. Oktober 1880 und erst am 10. Februar, fünf Monate nach seinem Tode, wurden „Hoffmanns Erzählungen" an der „Opera Comique" in Paris zum ersten Male aufgeführt. —

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Calbe-Aschersleben, 9. Dezember. (Parteigenossen!) Die am 7. Dezember 1902 in Schönebeck a. E. stattgehabte Kreiskonferenz hat sich auf Vorschlag der Kreisparteileitung einmütig für die Wiederaufstellung des Genossen Albert Schmidt als Reichstagskandidat unseres Wahlkreises entschieden.

Indem wir dies hiermit zur Kenntnis der Parteigenossen bringen, fordern wir dieselben gleichzeitig auf, energisch für diese Kandidatur zu wirken und den Wahlkreis zu befreien aus den Händen einer Partei, die Hand in Hand mit den ärgsten Volksausbeutern und Volksfeinden vor keinem Rechtsbruch im Reichstage zurückgeschreckt ist, die die vollendete Grundsatzlosigkeit und Heuchelei darstellt und deren Angehöriger, Herr Georg Placke, obendrein ein Betragen gezeigt hat, das sich von selbst richtet und die Erinnerung an den Herrn Rosenthal und seine famose eidesstattliche Versicherung lebhaft wieder wachruft.

Gleichzeitig hiermit veröffentlichen wir die ebenfalls von der Kreiskonferenz beschlossene Neueinteilung des Kreises, die wir auszuschneiden und aufzubewahren bitten.

1. Bezirk Thale (Bezirksführer: Heinrich Schinkel, Hüttenchaussee 21) mit den Orten Reinstedt und Stecklenberg.

2. Bezirk Quedlinburg (Bezirksführer: Karl Lüttge, Stieg 11) mit den Orten Ditfurth, Friedrichsbrunn, Suderode, Warnstedt, Weddersleben, Westerhausen.

3. Bezirk Aschersleben (Bezirksführer: Gustav Mikowsky, Hinter dem Turm 8) mit den Orten Cochstedt, Friedrichsaue, Gatersleben, Hausneindorf, Hedersleben, Königsaue, Nachterstedt, Schadeleben, Gr.-Schierstedt, Wedderstedt, Westdorf, Wilsleben, Winningen.

4. Bezirk Staßfurt (Bezirksführer: Hermann Kutz, Steinstraße 1) mit den Orten Athensleben, Börnecke, Förderstedt, Glöthe, Hohndorf, Löbnitz, Löderburg, Neugattersleben, Schneidlingen, Uellnitz.

5. Bezirk Borne (Bezirksführer: Chr. Kreutzberg) mit Bisdorf.

6. Bezirk Atzendorf (Bezirksführer. Chr. Hoffmeier).

7. Bezirk Schönebeck (Bezirksführer: Theodor Schmidt, Böttcherstraße 52) mit den Orten Biere, Eggersdorf, Eickendorf, Felgeleben, Frohse, Gnadau-Döbeln, Gr.-Salze.

8. Bezirk Barby (Bezirksführer: Wilhelm Brösel, Gethsemanestraße) mit den Orten Breitenhagen, Glinde, Pömmelte, Groß- und Klein-Rosenburg, Wespen.

9. Bezirk Calbe (Bezirksführer: Friedrich Arnold, Mittelstraße 4) mit den Orten Brumby, Dornbock, Gottesgnaden, Gramsdorf, Patzetz-Sachsendorf, Schwarz, Trabitz, Tornitz, Werkleitz, Zens, Zuchau.

10. Bezirk Aken (Bezirksführer: Heinrich Götze, Poststraße 5) mit den Orten Chörau, Klietzen-Micheln, Kühren, Löddcritz-Rajoch, Maxdorf, Mennewitz, Susigke.

Mit Parteigruß

Die Kreisparteileitung. J. A.: Wigorowski.

Olvenstedt, 11. Dezember. (Volksversammlung.) Am Freitag abend 7 Uhr findet im Hirschfeldschen Saal eine große Volksversammlung statt, in der über „Der Umsturz im Reichstag" gesprochen werden wird. Das Referat hält Genosse Redakteur Rob. Albert. Alle Männer und Frauen Olvenstedts sind hierzu eingeladen. —

Olvenstedt, 11. Dezember. (Scharfschießen.) In der hiesigen Feldmark wird am Freitag, den 12. Dezember, von vormittags 10 bis nachmittags 3 Uhr, ein Gefechtsexerzieren des Magdeburger Feldartillerie-Regiments abgehalten werden. Da hierbei auch scharf geschossen wird, ist die Feldmark im weiten Umkreis für die angegebene Zeit abgesperrt. —

Rothensee, 11. Dezember. (Zur Lokalfrage.) Den Arbeitern von Rothensee sowie auch denen von Magdeburg zur Nachricht, daß das Lokal des Herrn Otto Prübenau uns jetzt zur Verfügung steht. Wir ersuchen nunmehr die Magdeburger Parteigenossen, bei Ausflügen und sonstigen Veranstaltungen, obiges Lokal zu berücksichtigen. —

Aken, 9. Dezember. (Die Stadtverordnetenwahlen) finden am Freitag statt. Zu diesem Zweck fand am Montag abend im Bahnhofshotel eine von etwa 200 Wählern besuchte Versammlung der dritten Wählerklasse statt, zu welcher unsere Genossen den Stadtverordneten Günther aus Dessau berufen hatten, welcher unter Beifall der Versammlung die Aufgaben eines Vertreters der dritten Wählerklasse klarlegte. Nach eingehender Debatte beschloß man mit übergroßer Mehrheit, die bisherigen Stadtverordneten König und Nitzsche wieder und den Arbeiter Heinrich Ulrich neu aufzustellen. Pflicht aller Arbeiterwähler ist es, bei der am Freitag, mittags 12 Uhr, stattfindenden Wahl nur diesen Kandidaten ihre Stimme zu geben. —

Aken, 9. Dezember. (Herr Placke dementiert.) Es hat lange gedauert, ehe Herr Placke sich entschlossen hat, zu der Ohrfeigengeschichte Stellung zu nehmen. Da er inzwischen gemerkt hat, daß er die Geschichte nicht ganz und gar totschweigen kann, läßt er in der „Nationalliberalen Korrespondenz" folgendes erklären:

„Durch viele Zeitungen ist eine fast in allen Punkten unrichtige Darstellung des mit dem Namen des Abg. Placke verknüpften Vorfalles in der Sitzung vom 4. d. M. gegangen. Demgegenüber ist zur Vermeidung einer Legendenbildung festzustellen, daß der Abg. Placke bei seiner übrigens nicht zutreffend wiedergegebenen Aeußerung weder aufgestanden ist, noch dieselbe laut gerufen hat. Die Aeußerung ist eine durchaus private, eine Art Selbstgespräch. Beinahe sämtliche in der Nähe des Abg. Placke sitzende oder stehende Abgeordnete haben demselben ohne sein Zuthun erklärt, daß sie die Aeußerung überhaupt nicht gehört haben. Es soll hier unerörtert bleiben, wie und durch wen die private Bemerkung weitergetragen worden ist. Ganz aus der Luft gegriffen ist die von einigen Zeitungen gebrachte Angabe, daß Parteifreunde des Abg. Placke auf diesen eingeredet und ihn veranlaßt hätten, den Sitzungssaal zu verlassen. Die fernere Angabe, daß der Abg. Placke sich dem Abg. v. Vollmar zur Behandlung des Vorfalles in der Richtung eines Ehrenhandels zur Verfügung gestellt habe, ist so wunderlich, daß es sich nicht verlohnt, darüber ein Wort zu verlieren."

Herr Placke hütet sich wohlweislich, die Aeußerung zu bestreiten. Er bringt darum eine verschraubte Verklausulierung von allerlei Ungereimtheiten, die sich um den Kern der Sache herumdrücken. Er bestreitet, die Aeußerung: „Kann man dem nicht ein paar Ohrfeigen hinhauen?" laut gerufen zu haben. Nun, so laut, daß der freisinnige Abgeordnete Pachnicke sie deutlich hörte und sofort dagegen protestieren konnte. Die Mitteilung, daß Placke sich dem Genossen v. Vollmar „zur Verfügung" stellte, das heißt, daß Vollmar die nötigen Schritte zu einem Duell mit Heine einleiten sollte, erklärt Herr Placke für „wunderlich". Aber zu bestreiten wagt er die Thatsache nicht. Unser Genosse Heine wird wohl recht gehabt haben, als er mitleidig vor versammeltem Reichstag konstatieren konnte, daß Herr Placke sich bei diesem Vorgang in einem Zustand befand, der seinen freien Willen ausschloß. Mit dem geschraubten „Dementi" hat daher Herr Major a. D. Placke nur erreicht, daß die ganze Geschichte — sicher nicht zur Freude Plackes — noch einmal vor aller Oeffentlichkeit aufgerollt wird. —

Uebrigens schreibt zu der „Berichtigung" das „Berliner Tageblatt": „Wir bemerken zu dieser Mohrenwäsche, daß uns der Vorfall, wonach der Abgeordnete Placke bei einer Rede des Abgeordneten Heine diesem „Kerl" „eine runterhauen" wollte, von einem Abgeordneten mitgeteilt worden ist, der in unmittelbarer Nähe des Herrn Placke stand, als er die Aeußerung that. Der Abgeordnete Placke ist übrigens wegen seiner Aeußerung sofort in unzweideutiger Form auf das unzulässige einer solchen Bemerkung aufmerksam gemacht worden." — Armer Placke! —

Aken, 10. Dezember. (Unglücksfall.) Der 39 Jahre alte verheiratete Hafenarbeiter Friedrich Brek rutschte beim Zuckerausladen rücklings aus, und zwar so, daß er die etwa 6 Meter hohe Brücke, die am Kran 4 angebracht ist, hinunterstürzte. Er zog sich einen Bruch des rechten Oberarmes zu. Jedenfalls hat der Verunglückte auch noch innere Verletzungen erlitten, denn nach 2 Stunden ist er an den Folgen des Sturzes gestorben. —

Aschersleben, 10. Dezember. (Der Grund.) Am Montag nachmittag wurde in der Nähe der Walkmühle in einem Gebüsch ein gut gekleideter, dem Arbeiterstande angehörender Mann im Alter von ungefähr 25 Jahren erhängt aufgefunden. Im Besitze des Toten fand man eine Uhr und ein Portemonnaie mit 5 Pfg. Inhalt. — Es dürfte nicht schwer sein zu erraten, weshalb der Aermste diesen Verzweiflungsschritt unternahm. —

Burg, 9. Dezember. (Gewerkschaftskartell.) Anwesend waren in der letzten Sitzung 19 Delegierte. Die von den in Betracht kommenden Gewerkschaften vorgeschlagenen Kandidaten zum Gewerbegericht wurden gewählt. Ferner teilt der Vorsitzende mit, daß eine Eingabe an den Magistrat gesandt sei, worin der Magistrat ersucht wird, der herrschenden Arbeitslosigkeit abzuhelfen. Eine Arbeitslosenversammlung wird demnächst noch stattfinden. Da der Jahresbericht in diesem Jahre ein umfangreicher wird, so wurde beschlossen, denselben in Masse drucken zu lassen. Nächste Sitzung am 19. Dezember.

Genthin, 10. Dezember. (Schwerer Unglücksfall.) Ein in der Pareyer Molkerei beschäftigtes 17jähriges Mädchen kam der Transmission mit ihrem Haare zu nahe. Das Haar wickelte sich im Nu um die Welle und riß dem Mädchen die Kopfhaut herunter. Man zweifelt, daß die Verunglückte mit dem Leben davonkommt. —

Naumburg, 9. Dezember. (Stadtverordnete contra Magistrat.) Die Stadtverordneten-Versammlung hatte Anfang November beschlossen, die Zustände im städtischen Krankenhause durch eine dreigliedrige Kommission unter Hinzuziehung eines Arztes untersuchen zu lassen. Der Magistrat beschloß, der Kommission im Hinblick auf die Zuziehung des Arztes den Zutritt zum Krankenhause zu versagen. (!) Zugleich hatte der Magistrat weiter Widerspruch dagegen erhoben, daß die Versammlung eine Revision vornehmen wolle; nach dem Gesetz habe sie nur das Recht, die städtische Verwaltung und die Ausführung ihrer Beschlüsse zu kontrollieren und die bezüglichen Akten einzusehen. In diesem Sinne stelle er seine Akten zur Verfügung, im übrigen aber stehe der Versammlung frei, den Magistrat auf Anerkennung des Revisionsrechts zu verklagen; denn das Recht zu revidieren hätten nur die staatlichen Aufsichtsbehörden. Die Stadtverordneten beschlossen nunmehr in ihrer jüngsten Sitzung, diese Klage zu erheben; denn die Städteordnung gebe der Versammlung ebenso sehr ein Revisionsrecht, wie die Geschäftsordnung die Zuziehung von Sachverständigen zulasse.

Es berührt eigentümlich, daß der Magistrat die Besichtigung des Krankenhauses so hartnäckig verweigert. Man kann doch kaum annehmen, daß der Magistrat da etwas zu verbergen hat. Formell mag er vielleicht im Rechte sein, allein die öffentliche Meinung muß sich bei derartigen Verhalten des Magistrats ganz eigenen Gedanken hingeben. —

Schönebeck, 10. Dezember. (Entwischt.) Ausgebrochen ist in vergangener Nacht der Einbrecher Lemke aus dem hiesigen Gerichtsgefängnis. L. hatte mit Complicen den Diebstahl bei Ferd. Lange versucht und war in Wolmirstedt von der Polizei gefaßt worden. Der Flüchtling ist durch die Dachluke den Schornstein hinabgegangen und dann durch das Rechtsanwalt Hermannsche Grundstück entwichen. („Sch. T.")

Stendal, 10. Dezember. (Es lebe das Leben!) Das altmärkische Schwurgericht verurteilte die Arbeiterin Marie Urbaneck wegen vorsätzlicher Tötung ihres Kindes, dessen Leiche im Bahnhofsabort in Salzwedel gefunden wurde, unter Zubilligung mildernder Umstände zu 4 Jahren Gefängnis. Bemerkt sei, daß die Angeklagte bereits früher 3 Kinder gehabt hat, die alle nur ganz kurze Zeit gelebt haben. — Eine herrliche Welt, in welcher Mütter gezwungen werden, ihre Kinder zu töten, um sie vor dem Verhungern zu schützen! „Göttliche" Weltordnung nennen es die Verteidiger des Bestehenden. —

Stendal, 10. Dezember. (Das altmärkische Schwurgericht) verurteilte den 19jährigen Knecht Fr. Schwengel aus Jävenitz wegen schweren Diebstahls und versuchten Totschlags, verübt gegen den Ackermann Friedrich Schmidt in Gr.-Engersen, bei dem der Angeklagte früher gedient hatte, zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. —

Stendal, 9. Dezember. (Die Kleinbahn Stendal-Arendsee) soll, wie der „Altm." erfährt, gesichert sein. Die Bewilligung der Staatsbeihilfe sei seitens des Oberpräsidenten dem Minister vor einigen Tagen befürwortend unterbreitet worden. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Bei Wernrode hat der Barbier Buchmann aus Nordhausen seine aus Erfurt stammende Braut Minna Stade erschossen und sich dann selbst durch einen Revolverschuß schwer verletzt. Motiv: Ein unheilbares Ohrenleiden. — In Erfurt wurde der bei dem Fleischermeister Schumann beschäftigte Fleischergeselle Walther von einem seiner Kollegen versehentlich mit kochendem Wasser überschüttet. Walther wurde am Kopf und an einem Arme derartig verbrüht, daß er im städtischen Krankenhause untergebracht werden mußte. — Tot aufgefunden wurde der pensionierte Bahnarbeiter Hädicke in Schönnewitz, der dort im Gemeindehause wohnte. Er lag entseelt bei offenem Fenster in seiner Stube. — In Osternienburg sind in der von der verwitweten Materialwarenhändlerin Rühl innehabenden Wohnung infolge Einatmung der dem schadhaften Ofen entströmten Kohlengase die zum Besuche der Genannten weilende Schwester und ein Kind der ersteren erstickt. Zwei in demselben Raume schlafende Kinder sind noch am Leben, waren aber vollständig besinnungslos und befinden sich in ärztlicher Behandlung. — Großes Aufsehen erregen in Cöthen die Unterschlagungen, die sich der am 14. November verstorbene ehemalige Prokurist Emil Hientzsch der Bankfirma Lüdicke u. Müller hat zu schulden kommen lassen. Die Nachforschungen sind noch nicht abgeschlossen, doch wird die Höhe der veruntreuten Beträge schon jetzt mit 100—150 000 Mark angegeben. —

Vermischte Nachrichten.

* **Wittkowski-Stiftung.** Dem neuen Ehrenbürger von Posen wurden 20 000 Mark aus privaten Mitteln überreicht zur Errichtung einer „Richard Witting-Stiftung". — Die Börsenkreise werden über die Ehrungen ihres Wittkowski sehr erfreut sein; angesichts so vieler Auszeichnungen hoffen wir, daß das geringe Gehalt Wittings, welches ja nur 100 000 Mark beträgt, seitens der Nationalbank für Deutschland noch erhöht wird. —

* **Vom Centrumsabgeordneten Moritz.** Herr Memminger, der Herausgeber der radikal-agrarischen „Neuen

Bayerischen Landeszeitung", ist so boshaft, in einer Polemik mit dem Centrum folgenden Brief des Centrumsabgeordneten Moritz, Oekonomen in Junkershausen in Unterfranken, den dieser an die Redaktion der „N. B. Landesztg." gerichtet hat, wörtlich mit allen stilistischen und orthographischen Schönheiten abzudrucken. Der Brief lautet:

„Berlin NW. 7, den 29. Nov. 1902. Reichstag.

Verehrliche Redaktion!

In Nr. 273 Ihres geschätzten Blattes steht, In der Reichstags-Sitzung v. vor. Mittwoch ist das gesamte Zentrum unter der Führung Spahn zur Regierung umgefallen indem es dieser der Regierung die Kündigung der Handelsverträge anheim gestellt hat. Ob es umgefallen ist untersuche ich nicht aber ich muß meinerseits konstatieren daß ich es der Regierung nicht anheimgestellt, mich auch nicht habe führen lassen, sondern für den Kommissionsbeschluß gestimmt habe wie es aus den Stenograph Bericht zu ersehen ist. Ich bitte deshalb, bei weiteren Berichten nicht immer gleich alles zu verallgemeinern wenn es nicht so ist. Moritz M. d. R.

NB. Noch möchte ich anfügen, wenn es möglich sein sollte dieses Gesetz zu Ende zu bringen, wofür heute noch nicht die Wahrscheinlichkeit besteht und ich dann doch noch dafür stimme was ich heute noch nicht weis, so habe ich Gründe die ich mit meinem Gewissen verantworten kann weil schon der Grund wann die Juden Sozi sich solche Mühe geben wie sie es thun das Gesetz zu hintertreiben so muß man doch zur ganz entgegengesetzten Ansicht kommen. Soeben wurde wieder eine künstliche Beschlußunfähigkeit des Hauses herbeigeführt, wozu auch die Collegen vom Bauernbund und ihre nähere Freunde beigetragen haben indem heute auch nicht ein Einziger Mann zur Stelle war. Moritz."

Vereine und Versammlungen.

Bäcker.

Recht stürmisch verlief die am Dienstag nachmittag, den 9. Dezember, unter zahlreicher Beteiligung stattgefundene Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Bäcker. Den Höhepunkt der Erregung erreichte die Versammlung beim Punkt: Bewilligung einer Unterstützung von je 20 Mark für Pagel und Kaiser. Es war nicht möglich, die Mehrzahl davon zu überzeugen, daß man nicht immer drauf los bewilligen könne, und wurde der Antrag angenommen, jedoch unter dem Hinweis, daß in Zukunft in Krankheitsfällen keine Unterstützung mehr gewährt wird. — Nachdem der Kartellbericht vom Delegierten erstattet und die Versammelten ihr Bedauern darüber ausgespr hen, daß die Maurer sowie noch etliche Gewerkschaften sich noch nicht dem Kartell angeschlossen haben, wurde zur Neuwahl des Delegierten geschritten. Aus derselben ging Gen. Heeren und als dessen Ersatzmann Lutze hervor. Sodann wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, welche die Vorarbeiten zu der in der nächsten Mitglieder-Versammlung vorzunehmenden Vorstandswahl zu vollziehen hat. —

Vereins-Kalender.

Männer-Turnverein „Angola". Sonntag, den 14. Dezember, nachm. 2 Uhr, Generalversammlung. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird ersucht. —

Männer-Turnverein „Angola", Alte Neustadt. Uebungsstunden: Dienstag u. Freitag von 8 bis 10 Uhr in der „Krone", Moldenstr.

Groß-Ottersleben. Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags 3 Uhr, Mitglieder-Versammlung der Maurer bei Fr. Strumpf. —

Bennecken beck. Freie Turner. Am Sonnabend, den 13. Dezember, findet eine außerordentliche Versammlung statt. Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Turngenossen, zu erscheinen. —

Briefkasten.

H. B. N., Magdeburg. Einen vereinsgesetzlichen Unterschied zwischen „Klub" und „Verein" giebt es nicht. Das Wort Klub stammt aus dem Englischen. —

G. E., Diesdorf. Das Kind muß die Schule besuchen und zwar bis zum 1. April oder 1. Oktober, der auf den fraglichen Geburtstag folgt. Eine frühere Entlassung muß bei der Schulbehörde beantragt werden. —

W. Sch., Thale. Reserveoffizier kann jeder werden, der als Einjährig-Freiwilliger dient. Falls er von den Vorgesetzten dazu ernannt wird, kann also auch der Sohn eines Bäckermeisters Reservelieutenant werden. Natürlich finden sich nicht viel Konzessions-Schulzes im adeligen Offiziercorps. —

Marktberichte.

Magdeburg, 10. Dezember. Weizen besser, Shirriff und Sommerweizen 143—146, Rauhweizen 142—144 je nach Lage der Station. Roggen träge, trockener 137—140 je nach Lage der Station. Abfallende Qualitäten in beiden Artikeln blieben ohne Beachtung. Gerste Brauware behauptet, Geruchware 128—138, geringe Chevaliers und Landgerste 140—150, bessere Chevaliers 152 bis 164 ab Station gehandelt. Feinste über Notiz gesucht. Futterware, ausländische fest, 124—126 ab hier bezahlt. Hafer ruhig, inländischer 146—150, ausländischer 142—148 franko hier gehandelt. Erbsen ruhig, Viktoria 180—220, grüne Folger 205—230 ab Station bezahlt. Mais fest, Rundmais 140—145. —

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 18,00—23,00 Speisebohnen (weiße) 20,00—36,00. Linsen 17,00—30,00. Eßkartoffeln 5,00—5,50. Richtstroh 4,00—5,00. Krummstroh 3,00 bis 3,50. Heu 6.50—7.50. Alles für 100 Kilogramm. Rindfleisch im Großhandel 1.02—1,06, von der Keule 1.40—1.60. Bauchfleisch 1,20—1,30, Schweinefleisch 1,40—1,60, Kalbfleisch 1.30—1.50, Hammelfleisch 1.30—1.50. Speck (geräuchert) 1.60—1.80. Eßbutter 2.20—2.60. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 4.20—5.00.

Wasserstände.

Elbe.

Pardubitz	8. Dez.	—	9. Dez.	—	—	—
Brandeis	„	— 0.20	„	— 0.30	0.10	—
Melnik	„	+ 0.06	„	— 0.19	0.16	—
Leitmeritz	„	—	„	—	—	—
Aussig	9. „	— 0.19	10. „	— 0.29	0.10	—
Dresden	„	— 2.10	„	— 2.00	—	0.10
Torgau	„	— 0.57	„	— 0.28	—	0.29
Wittenberg	„	+ 0.20	„	0.28	—	0.08
Roßlau	„	— 0.26	„	— 0.25	—	0.51
Barby	„	+ 0.86	„	+ 0.90	—	0.04
Schönebeck	„	+ 0.36	„	+ 0.37	—	0.01
Magdeburg	10. „	+ 1.15	11. „	+ 1.18	—	0.03
Tangermünde	9. „	+ 1.22	10. „	+ 1.25	—	0.03
Wittenberge	„	+ 1.31	„	+ 1.30	0.01	—
Dömitz, Pegel	„	+ 0.60	„	+ 0.58	0.02	—
Lauenburg	„	+ 0.75	„	+ 0.70	0.05	—

Preß-Kommission! Freitag abend 7½ Uhr Sitzung bei Albert Vater, Knochenhauerufer str. 27/28. —

14 Filialen

Makronen

Millionen-Umsatz

Hermann Klingenberg

Baumkonfekt

Marzipan

Magdeburg-Neustadt

Schokoladen- und Zuckerwaren-Fabrik

Der Verkauf v. Weihnachts-Konfekten hat begonnen

Lebkuchen

Meine Filiale Berlinerstrasse befindet sich nicht mehr im alten Geschäftslokal, sondern ein Haus weiter an der ersten Bogenlampe 1640

Einzel-Verkauf zu Fabrikpreisen

Neues illustriertes Kochbuch * Preis 2 Mk. Zu beziehen durch die Buchhandlung Volksstimme, Magdeburg, Jakobsstrasse 49

Hervorragende Neuheiten

in

fein besponnenen Glassachen, Perlenschmuck

Lichthaltern, Leuchtkörbchen 2c.

Die Glaskugeln-Bespinnung wird gern gezeigt.

Christbaumständer mit Musik, mit Wasserfüllung

empfiehlt 1627

Emil Oberste-Lehn, Inh.: Carl Siebert

Christbaumschmuck-Manufaktur

Schwibbogen 2. Schwibbogen 2.

Mitglieder des Konsum-Vereins Neustadt erhalten gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte Extra Rabatt laut Konsum-Vereins-Preisliste.

Buchhandlung Volksstimme

Wir empfehlen:

Der Glaube an die Menschheit

Naturwissenschaftlich, psychologisch und geschichtlich begründet

von Rudolf Peters, Dr. phil.

Preis gebunden Mk. 2.50.

Der sozialistischen Wissenschaft wird in dem Buche ein Versuch vorgelegt, die Richtung zu bezeichnen, in welcher die unabweisliche endgültige Auseinandersetzung des Sozialismus mit der Hegelschen Philosophie zu geschehen hat.

Standesamt.

Magdeburg, 10. Dezember.

Aufgebote: Pastor Wilhelm Neimke in Kindelbrück mit Anna Ketzler hier. Maschinenschlosser Karl Louis Henze mit Minna Elise Klara Möbius in Halle a. S. Fabrikant Karl Dürrbaum mit Lina Elise Blume in Zeitz. Pferdeknecht Friedrich Wilhelm Lange mit Emma Aug. Kintzel in Gröningen. Bergarbeiter Friedr. Reinh. Munkelt in Webau mit Friederike Emma Lemmnitz in Dehlitz a. S. Landbriefträger Wilhelm Karl Hermann Klicke in Dreileben mit Selma Bertha Heimbach hier. Knecht Hermann Otto Hampel in Ritzleben mit Emma Maria Isler in Wiechau. Zimmermann Hermann Hörnecke mit Marie Wobbecke. Bäckermeister Gustav Klingenberg hier mit Sidonie Luise Anna Kauert in Leitskau.

Geburten: Paul, S. des Arbeiters Paul Döring. Annemargret, T. des Kaufmanns Walter Ramdohr. Gertrud, T. des Sattlers Hugo Schmidt. Ernst, S. des Eisenbahnarbeiters Wilhelm Fleer. Hedwig, T. des Eisendrehers Wilhelm Bierhals. Hartwig, S. des Wurstfabrikanten Karl Bredow. Hellmuth, S. des Tapezierers und Dekorateurs Wilhelm Thormann. Gertrud, T. des Stuccateurs Ernst Wagenknecht. Gerhard, S. des Handlungsreisenden Hermann Ahrens. Helene, T. des Schuhm. Andr. Buro. Marianne, T. des Arbeiters Friedrich Rose. Erna, T. des Bäckermeisters Maximilian Schnelle. Hans, S. des Tischl.-Meisters Johann Carell. Martha, T. des Arbeiters Otto Riecke.

Todesfälle: Ernst, S. des Kaufmanns Albert Paulmann, 3 M. 1 T. Heinrich Hille, Handelsmann, 64 J. 3 M. 16 T. Nikolaus Junkel, Schuhmacherges., 48 J. 4 M. 22 T. Johanne geb. Ortelsmann, Witwe des Privatmanns Ferdin. Giebel, 75 J. 5 M. 17 T. Charlotte, unehel., 8 J. 17 T. Lucie, T. des Invaliden Friedrich Hanker, 3 J. 5 M. 20 T. Wilh. Quandt, Privatmann, 60 J. 12 T. Richard, S. des Straßenb.-Schaffn. Friedr. Gröpler, 3 M. 9 T. Otto Stiller, Arbeiter, 40 J. 8 T. Hermann Brose, Ober-Tel.-Ass. a. D., 65 J. 3 M. 17 T. Fritz, unehel., 10 T. Gust. Schilling, Schmied aus Kl.-Ottersleben, 23 J. 8 M. 15 T. Ludwig Götze, Privatmann, 68 J. 3 M. 2 T. Willi Dittwald, Arbeiter, 26 J. 7 M. 29 T. Wendelin, S. des Handelsmanns Otto Werner, 1 J. 5 T. Franz Schnakenburg, Kaufm., 52 J. 10 M. 21 T.

Sudenburg, 10. Dezember.

Geburten: Helene, T. des Zuschneiders Paul Rößler. Gustav, S. des Arb. Anton Krenig.

Todesfälle: Böttcher Herm. Schönfeld, 53 J. 2 M. 12 T. Auguste geb. Becker, Ehefrau des Maurers Hermann Siebert, 42 J. 11 M. 27 T.

Buckau, 10. Dezember.

Geburten: Marie, T. des Ingen. Friedr. Heinemann. Max, S. des Bohristen Friedr. Theuerkauf. Willi, S. des Schuhmachers August Sokol.

Todesfall: Karl, S. des Bureaudieners Karl Preuße, 10 M. 21 T.

Totgeburt: S. des Arbeiters Aug. Busse.

Neustadt, 10. Dezember.

Geburten: Wilhelm, S. des Arb. Albert Beck. Irma, T. des Klempners Max Grubert. Margarete, T. des Feuerwehrm. Robert Gunkel. Arthur, S. des Arbeiters Franz Ziese.

Todesfälle: Ella, T. des Töpfers Wilh. Knabe, 9 M. 20 T. Ww. des Bahnarb. Heinrich Bock, Henriette geb. Berner, 81 J. 10 M. 19 T. Ehefrau des Maurerpoliers Gustav Raute, Auguste geb. Teutscher, 52 J. 7 M. 14 T. Privatmann Christian Müller, 54 J. 1 M. 5 T.

Aschersleben.

Aufgebot: Bergarbeiter Ed. Gorges mit Selma Puschmann.

Geburten: T. des Arbeiters Otto Müller. T. des Malers August Itter.

Burg, 9. Dezember.

Aufgebot: Schuhm. Walter Emil Scheer mit Witwe Müller, Marie Anna geb. Schenk.

Geburten: T. des Gerbereibesitzers Udo Schröder. T., unehel.

Todesfall: Handschuhmacher Paul Käsdorf, 20 J.

Vom 10. Dezember.

Geburten: T. des Lehrers Paul Wetzel. T. des Kaufmanns Julius Moses.

Schönebeck.

Aufgebot: Landbriefstr. Wilh. Karl Hermann Klicke in Dreileben mit Selma Bertha Heimbach in Magdeburg.

Eheschließung: Maschinist Karl Pengel in Arsten bei Bremen mit Minna Schulle.

Geburt: Erna, T. des Bohrers Joseph Kruppik.

Todesfälle: Martha, T. des Eisendrehers Heinrich Germer, 5 M. 14 T. Frieda, T. des Zimmerm. Wilhelm Meyer, 15 T.

Staßfurt.

Aufgebote: Fabrikarb. August Schnelle in Groß-Denkte mit Elise Reichert hier. Militäranwärter Gottlieb Trippler mit Margarete Huth. Gärtner Max Ueckert in Rieder mit Minna Barthel hier.

Eheschließung: Bergmann Gustav Werner mit Anna Bocke.

Geburten: S. des Wagenputz. Erdmann Zeimer. T. des Fabrikmeisters Waldemar Pfeil.

Todesfälle: Witwe Christane Störig geb. Haring, 79 J. Rentier Theodor Nabert, 61 J.

England.

Sir Horace Rumbold.

Im gewissen Sinne hat jetzt England seinen Harry Arnim-Fall gehabt. Der auswärtige Staatssekretär Earl of Lansdowne hat den früheren Botschafter in Wien, Sir Horace Rumboldt, mit dessen Veröffentlichungen desavouiert und ihm eine öffentliche Mißbilligung ausgesprochen; weitere Folgen wird die Angelegenheit freilich nicht haben und von einem Staatsprozeß Rumbold nicht die Rede sein. Der englische Diplomat hatte in einem Revue-Artikel allerlei Halbwahres über Wiener Verstimmungen gegen das Deutsche Reich veröffentlicht und dabei auch den Kaiser Franz Joseph mit hineingezogen. –

Frankreich.

Aus Frankreich ausgewiesen

wurden 24 italienische Sozialisten, die sich in Nizza aufhielten. Es handelt sich um politische Proskribierte; die Kreaturen des italienischen Konsulats denunzierten sie und die republikanische Polizei beeilte sich, der Dynastie Savoyen ihre Dienste zu leihen. Die 24 wurden verhaftet und ausgewiesen. —

Spanien.

Kein Deficit?

Dem „Berl. Tagebl." wird aus Madrid telegraphiert: Laut Angaben der Generalsteuerdirektion wird der Etat für 1902 nicht nur ohne Defizit abschließen, sondern wahrscheinlich noch einige Millionen Ueberschuß ergeben. —

Venezuela.

Deutschland und England gegen die Republik.

Im englischen Unterhause erwiderte gestern auf eine Anfrage Unterstaatssekretär des Auswärtigen Cranborne, die Natur der englischen Forderungen gegenüber Venezuela, welche dazu genötigt hätten, Zwangsmaßregeln zu ergreifen, werde vollständig dargestellt werden in Schriftstücken, die in nächster Zeit erscheinen würden. — Inzwischen ist eine weitere Meldung des „Reuterschen Bureaus" aus Caracas eingetroffen, wonach an der Wegnahme der Schiffe nicht mehr zu zweifeln ist: „Die vereinigte deutsch-englische Flotte hat um 4 Uhr nachmittag außerhalb von La Guayra alle dort befindlichen Schiffe weggenommen und ins Schlepptau genommen. Es waren dies die Kriegsschiffe „General Crespo", „Totumo", „Assun" und „Margarita" mit einer Gesamtbesatzung von 890 Mann. Die Nachricht von der Wegnahme der Schiffe ist in der Hauptstadt noch nicht allgemein bekannt; sicher wird bei ihrem Bekanntwerden große Erregung herrschen." — Die bei La Guayra beschlagnahmten vier venezolanischen Kriegsschiffe wurden mit 890 Mann Besatzung, ohne daß Widerstand geleistet worden wäre, im Schlepptau aus dem Hafen gebracht. —

Kleine politische Nachrichten. Das Resultat der Wahlen zum Aeltesten-Kollegium der Kaufmannschaft in Berlin ergiebt eine überwiegende Majorität von Mitgliedern, die für das selbstständige Fortbestehen der Korporation der Berliner Kaufmannschaft eintreten. — Prinetti legte der italienischen Deputiertenkammer die auf die englisch-italienischen Abmachungen bezüglichen Aktenstücke vor, sowie den Vertrag zwischen Italien und Aethiopien, betreffend die Grenze von Erythräa, dem Sudan und Aethiopien. — Die deutsch-britische Regulierungskommission an der deutsch-südwestafrikanischen Grenze gegen das Betschuanaland wird ihre Thätigkeit demnächst wieder aufnehmen. — Die ungarische Unabhängigkeitspartei hat beschlossen, die Obstruktion gegen die Indemnitätsvorlage in der bisherigen Weise fortzusetzen. — Das englische Unterhaus bewilligte mit 91 gegen 14 Stimmen einen Kredit in Höhe von 600 000 Pfund Sterling (12 Millionen Mark) für die Uganda-Eisenbahn. —

Aus der Parteibewegung.

Kommunalwahlsiege. Im Königreich Sachsen wurden sozialdemokratische Kandidaten gewählt: in Cossebaude 1, Klotzsche 1, Heidenau 1, Niederpesterwitz 1, Obergorbitz 1, Markersdorf 1, Frankenhausen bei Crimmitschau 1, Topitz 1, Dohna 1, Seifhennersdorf 1, Pulsnitz 2, Schedewitz 1, Werdau 1, Borna bei Chemnitz 2, Einsiedel 1, Limbach 4, Penig 2, Waldheim 1, Wittgensdorf 2. — Auch in Frankenhain in Koburg-Gotha wurden 2 Parteigenossen gewählt. — In Eislingen (Württemberg) hatte der Sozialdemokratische Verein eine selbständige Liste aufgestellt mit 4 Parteigenossen und 2 „Unparteiischen". Gewählt wurden die beiden letzteren und 2 Parteigenossen. Die anderen beiden Mandate fielen der deutschen Partei zu. — In Neckargerlach (Württemberg) wurde die Liste des Sozialdemokratischen Vereins glatt gewählt. Sie enthielt 3 Parteigenossen und 2 „Unparteiische". Es sitzen nunmehr 4 Parteigenossen im Bürgerausschuß gegen bisher 2.

Ergebnislose Haussuchung. Gehaussucht wurde in der Druckerei des „Saalfelder Volksblattes" nach dem Manuskript eines Flugblattes zur Landtagswahl, durch das sich ein Bürgermeister beleidigt fühlt. Die Haussuchung war erfolglos. —

Zu 3 Monaten Gefängnis wurde am Dienstag Riem, verantwortlicher Redakteur der „Sächs. Arb.-Ztg." in Dresden, vom Schöffengericht in Meißen verurteilt. Genosse Riem soll die Baufirma Otto u. Schlosser in Meißen durch eine Notiz beleidigt haben. —

Der Polizeikommissar Sachsze aus Danzig ist als Polizei-Inspektor nach Köln a. Rh. versetzt worden. Das ist der Herr, der in den bekannten Danziger Vorgängen eine so hervorragende Rolle spielte, in einer Versammlung den Revolver zog und dann in einem Prozesse behauptete, die Parteigenossen trachteten ihm nach dem Leben.

Südbayerischer Parteitag. Der Gau Südbayern wird am 18. Januar in München einen Gautag abhalten.

Soziales.

Die „gesicherte Existenz". In bürgerlichen Blättern finden wir folgende lakonische Notiz: „In Köln haben in vergangener Nacht vier Personen durch Selbstmord geendet. Motiv: Beschäftigungslosigkeit."

Bekanntlich sagte Wilhelm 2. am 5. Dezember in Breslau zu den Arbeitern: „Ihr dürft freudig an Eure Brust schlagen und Eurer Arbeit und Eures Standes froh sein. Durch die herrliche Botschaft des großen Kaisers Wilhelm 1. eingeleitet, ist von Mir die soziale Gesetzgebung weitergeführt worden, durch die für die Arbeiter gesicherte und gute Existenzbedingungen geschaffen worden sind bis ins Alter hinein ..." —

Gewerkschaftsbewegung.

Streiks, Lohndifferenzen und Aussperrungen.

Textilarbeiter. Die ausständigen Weber in Meerane hielten am Dienstag nachmittag wiederum drei öffentliche, stark besuchte Versammlungen ab, in welchen beschlossen wurde, im Ausstand weiter zu verharren. Die Ausständigen appellieren an die deutsche Arbeiterschaft, Unterstützungen zu senden, damit ihnen das Weihnachtsfest kein Fest der entsetzlichsten Trauer werde.

Alle Anfragen, Sendungen und dergleichen sind zu richten an Ernst Seidel, Meerane i. S., Böhmerstr. 45

Bremser. Die Bremser der Mittelländischen Eisenbahn haben den Streik erklärt. Sie hatten eine Aufbesserung der Löhne von 3,30 auf 3,60 Frank pro Tag verlangt und Antwort von der Direktion bis zum 20. November erbeten. Die Direktion will die Organisation der Arbeiter nicht anerkennen. —

Handschuhmacher. In Millau ist der Streik der Handschuhmacher nach einer 10wöchigen Dauer zu Gunsten der Arbeiter beendet. —

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 11. Dezember 1902.

— **Achtung, Krankenkassenmitglieder!** Der Vorstand der Allgemeinen Orts- und der der Kaufmännischen Krankenkasse machen bekannt, daß zufolge übereinstimmender Beschlüsse des Vorstandes und der Generalversammlung vom 1. Januar 1903 ab die englische Bureauzeit für die Beamten eingeführt wird. Infolgedessen sind die Verkehrsstunden festgesetzt wie folgt:

1. für Einzahlungen außer Sonnabends werktäglich von 8 Uhr bis 1 Uhr mittags;
2. für Meldungen und Auskünfte von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags;
3. für Krankengeldauszahlungen Sonnabends von 8 Uhr bis 3 Uhr nachmittags.

Einzahlungen werden Sonnabends nicht angenommen. An Sonn- und Festtagen bleibt das Kassenlokal geschlossen! —

— **Eine Sitzung des Gewerbegerichts** fand heute wegen Mangels an Material nicht statt. Die nächste Sitzung ist Donnerstag, den 18. Dezember. —

— **Die Bewegung der Bevölkerung Magdeburgs** für die Woche vom 16. bis zum 22. November war nach dem Bericht des hiesigen Statistischen Amtes folgende: Geboren wurden 60 männliche, 69 weibliche, zusammen 129 Personen; totgeboren 8. Gestorben sind 42 männliche, 28 weibliche, zusammen 70 Personen, darunter an Diphtherie und Croup 1. Die Zahl der Zugezogenen betrug 736, die der Fortgezogenen 575. Die Bevölkerungszahl am 22. November stellte sich folgendermaßen: Altstadt 91 409, Wilhelmstadt 24 521, Friedrichstadt mit Werder 9325, Sudenburg 30 838, Neustadt 47 874, Buckau 24 643, zusammen 228 105 Personen (112 632 männliche, 115 473 weibliche), gegen die Vorwoche mehr 212 Personen. —

— **Unfall.** Der Hobler Albert Bierstedt, beschäftigt in der Maschinenfabrik Buckau, fiel heute vormittag in eine Grube und zog sich hierbei einen Knöchelbruch zu. Der Verletzte fand Aufnahme im Sudenburger Krankenhause. —

— **Pferdeunfall.** Auf dem Hof des Damenheims im Neuenweg, geriet heute vormittag ein Pferd des Fuhrherrn Schäfer beim Umwenden des Wagens in eine zu ebener Erde gelegene Düngergrube. Es gelang mit vieler Mühe, das Tier aus seiner unbequemen Lage zu befreien, noch bevor die Feuerwehr, die zur Hilfeleistung angerufen, am Unfallort erschien. —

— **Freie Religionsgesellschaft.** Im Gemeindehause, Marstallstraße 1, findet Freitag, den 12. Dezember, abends 8¼ Uhr, die Gemeindeversammlung statt. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 10. Dezember 1902.

Ein Hochstapler. Der Kaufmann Franz Schuster aus Braunschweig, geboren 1881, stahl am 28. Mai d. J. in Hamburg einen Regulateur, den er für 6 Mark versetzte, und am 28. Juni in Bremen ein Fahrrad, das er für 100 Mark verkaufte. Ferner machte Schuster sich in 19 Fällen in verschiedenen Städten des Betrugs dadurch schuldig, daß er sich Darlehen, Fahrräder und Wohnung erschwindelte. Geschädigt wurden die Betrogenen um zusammen 1800 Mark. Bei der Festnahme des Hochstaplers am 20. Oktober legte er sich dem Beamten gegenüber einen falschen Namen bei. Die Kammer erkannte auf 2 Jahre Gefängnis und 1 Woche Haft. —

Diebstahl. Der Arbeiter Theodor Pergande hier, geboren 1858, vorbestraft, stahl am 10. November d. J. in der Schwertfegerstraße der Stadtgemeinde gehörige alte Gasrohre im Gewichte von 30 Pfund. Da wiederholter Rückfall vorliegt, lautete das Urteil auf 3 Monate Gefängnis. —

Ein Zuhälter. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Friseur Paul Napieralla hier, geb. 1879, wegen Zuhälterei zu 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt, auch sofort verhaftet. Nach verbüßter Strafe wird er der Landespolizeibehörde zur Unterbringung in ein Arbeitshaus überwiesen. —

Kleine Chronik.

Armenunterstützung an einen Hochstapler?

Mißstände in der Armenverwaltung haben sich, wie der Stadtverordnete Arnold in der letzten Sitzung der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung behauptete, dort eingestellt. Es sei vorgekommen, daß ein notorischer Hochstapler Unterstützungen erhalten habe. Auf das Ersuchen des Oberbürgermeisters Schustehrus, den Namen zu nennen, damit er die Angelegenheit untersuchen könne, nannte Stadtverordneter Arnold den Namen eines am Friedrich Karlplatz wohnhaften Herrn L., der in der ganzen Gegend als Hochstapler bekannt sei. Der Oberbürgermeister sagte eine eingehende Untersuchung des Falles zu und wird sich bereits am nächsten Mittwoch über die Angelegenheit äußern.

Fünf Menschen erfroren!

Die furchtbare Kälte verursachte allein in Groß-New-York während der vorletzten Nacht den Tod von fünf Menschen. In dem oberen Staat herrscht eine Temperatur von 18, stellenweise sogar von 28 Grad Reaumur. Die Stadt bewilligte eine Summe von 100 000 Dollar für Freikohlen.

Kleine Tageschronik. In der Gasanstalt in Berlin brach Mittwoch Großfeuer aus wobei mehrere Feuerwehrleute an Rauchvergiftungen verunglückten. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, Explosionsgefahren auszuschalten. — In Stockstadt bei Aschaffenburg erstickten vier Kinder eines Arbeiters, während die Frau ihrem Manne Essen brachte. — In Nürnberg fand am Dienstag in der Filiale des Warenhauses H. Tietz u. Co. eine Gasexplosion statt, die zu einer Feuersbrunst führte. Trotz sofortigen Eingreifens der städtischen Feuerwehr konnte das Geschäftshaus nicht mehr gerettet werden und brannte total aus. Glücklicherweise ist kein Menschenleben zu beklagen. — In Apolda ist der Musketier Kirsch, derselbe, der vor etwa 2 Monaten aus dem Militärgefängnis der Hauptwache in Weimar, wo er wegen des Verdachtes, ein Sittlichkeitsverbrechen begangen zu haben, untergebracht worden war, entsprang, von der Schutzmannschaft in der Wohnung seiner Frau in der Baierstraße verhaftet worden. — In Crimmitschau ist in der Ausübung seines Berufes der 27jährige Haus- und Feuermann Friedrich durch Einatmung ausströmender Kohlengase erstickt. — In Braunschweig wurde wegen Urkundenfälschung und Betruges der Buchhalter Johann Bochynski aus Wilmersdorf bei Berlin verhaftet. — Der Schriftsteller Gundaktar Freiherr v. Suttner, der Gemahl von Bertha v. Suttner ist in Harmannsdorf gestorben. — Die im Bernsteinbergwerk Palmnicken in der Grube „Anna" bei Pillau arbeitenden Bergleute Wittke und Kohnke wurden von einer herabsausenden Förderschale gerissen. Wittke blieb sofort tot, Kohnke erlitt einen Schädelbruch und liegt im Sterben. — In der Nähe der Kläranlagen in Leipzig wurde der dort angestellte Nachtwächter Lorenz Pulst völlig erstarrt aufgefunden. Alle Wiederbelebungsversuche waren vergeblich. — Der Postdampfer „Finland" der Red Star-Linie in Antwerpen ist laut Telegramm am 9. Dezember in New-York angekommen. —

Letzte Nachrichten.

(„Herold", Depeschen-Bureau.)

Frankfurt a. M., 12. Dezember. Aus New-York meldet die „Frankf. Ztg.": Deutsche und englische Schiffe beschlagnahmten das Zollhaus in La Guayra. Nach neueren Meldungen erscheint indessen die Beschlagnahme noch zweifelhaft. — Aus Wien meldet die „Frankf. Ztg.": Im Abgeordnetenhause erregt es Befremden, daß in der Zuckersteuer-Vorlage nicht eine Ermäßigung der Zuckersteuer wie in Frankreich und Deutschland verfügt ist. Ferner sind die österreichischen Abgeordneten gegen die Erhöhung des ungarischen Zucker-Kontingents. —

London, 11. Dezember. „Daily Expreß" meldet aus Hongkong: In Südchina sei neuerdings eine Revolution ausgebrochen; ein General der regulären Armee wurde geübtet, mehrere Offiziere gerieten in Gefangenschaft. Die Missionare versichern, die Revolution werde eine große Ausdehnung gewinnen. —

Großwardein, 11. Dezember. Gestern abend fand in der Gasanstalt eine große Explosion statt. Die Reinigungs-Retorten und die damit im Zusammenhang stehenden Magazine sind in die Luft geflogen. Die großen Reservoire konnten rechtzeitig durch Absperrung der Zuleitungsrohre gerettet werden. Zahlreiche umliegende Häuser wurden zerstört, mehrere Personen verwundet. —

Paris, 11. Dezember. Dem „Petit bleu" zufolge, ist eine Klage wegen Mordes gegen Romain Daurignac eingebracht worden. Derselbe wird beschuldigt, im Jahre 1894 einen seiner Gläubiger im Eisenbahnzuge ermordet zu haben. —

Graf Bülow über die Verständigung.

Berlin, 11. Dezember. (Eig. Drahtb.) Im Reichstage erklärte heute Graf Bülow bei der Weiterberatung des Zolltarifgesetzes auf eine Anfrage des Abgeordneten Bassermann, er müsse ihm sagen, daß es sich hier hauptsächlich um den autonomen Tarif handle, der bestimmt sei, als Grundlage zu dienen für die Handelsvertragsverhandlungen. Entscheidend könne es daher nicht sein, wenn die Sätze des Tarifs einige Abänderungen nach oben oder nach unten hin erfahren haben. Die Regierungen müßten aber Wert darauf legen, daß die Sätze des Tarifs nicht allzu große Abschwächungen erfahren!

Als erwünscht könnten es die Regierungen also nicht bezeichnen, daß die Industriezölle erhebliche Herabsetzungen erfahren. Sie würden sie aber, falls der Reichstag solche Herabsetzungen beschließen sollte, mit einem der Wichtigkeit der Sache entsprechenden Ernst in wohlwollende Erwägung ziehen.

Fest entschlossen sei die Regierung, der heimischen Viehzucht einen derartigen Zollschutz zu sichern, wie er nötig sei, um derselben eine gedeihliche Entwicklung zu ermöglichen. Die Regierungen würden in die Handelsverträge auch keine Bestimmungen aufnehmen, welche sie verhindern könnten, veterinäre Maßnahmen zu treffen, um die heimische Viehzucht wirksam zu schützen.

Die Erklärung Bülows wurde von der linken Seite des Hauses mit Gelächter aufgenommen. —

Litterarisches.

Der **„Süddeutsche Postillon"** (Verlag von M. Ernst in München). Die Nummer 25 steht auf der Höhe der Ereignisse. Das Titelbild „Ein nobles Brüderpaar" vereint Eugen Richter und Oertel als gemeinsame Schildhalter bei der Erwürgung der parlamentarischen Redefreiheit. In „Böse Folgen" schuf der Maler mit einfachen Mitteln ein sprechendes Bild der Fleischnot. „Signore Rubino" enthüllt in zwei Schlußbildern die Geschichte des schrecklichen Attentates auf den belgischen Heldenkönig. Auch im Texte stehen die jüngsten Ereignisse obenan. Im „Schlachtgesang der Reaktion" spottet der Postillondichter des Kampfes der Zöllner. Ihm folgen: Der gemütliche Attentäter; Polizei und Pelzmärtel, ein Nürnberger Ereignis; Die Zollräuber. Was in der Welt vorgeht! Die entrüsteten Spießbürger, von Schelm von Bremen. Lob des Wassers, das sich im „Südd. Postillon" von München aus ganz merkwürdig ausnimmt. Der Abderit erzählt von seinen bayerischen Excellenzen. Vater ist in Amerika; ein offener Brief des Papierschnitzelsachsen Gustav Leberbecht Hartwig u. a. Der „Südd. Postillon" empfiehlt sich auch mit der Nummer 25, die 10 Pf. kostet, allen unseren Lesern von selbst. —

Deutscher Metallarb.-Verband

Verwaltungsstelle Magdeburg.

Fernsprech-Anschluß Nr. 404. Bureau: Knochenhauerufer str. 27/28, I.

Versammlungen finden statt:

Sonnabend, den 13. Dezember, abends 8½ Uhr
Bezirk Alte Neustadt in der „Krone", Moldenstr.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Gewerkschaftssekretärs **Hermann Beims.**
2. Anträge zur Generalversammlung.
3. Wahl der Bezirksleitung.
4. Verschiedenes.

Bezirk Barleben in der „Goldenen Kugel".

Tages-Ordnung:
1. Anträge zur Generalversammlung.
2. Wahl der Bezirksleitung.
3. Verschiedenes.

Bezirk Fermersleben im Lokale des Hrn. Erxleben.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Louis Hähnsen.**
2. Anträge zur Generalversammlung.
3. Wahl der Bezirksleitung.
4. Verschiedenes.

Sonntag, den 14. Dezember, vorm. 11 Uhr

General-Versammlung aller Bezirke

im „Luisenpark", Spielgartenstr. 1c.

Tages-Ordnung:
1. Die Vorlagen des Hauptvorstandes für die nächste General-Versammlung des Gesamtverbandes in Berlin.
2. Die Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Anträge aus den Bezirken.
4. Verschiedenes.

Sonntag, den 14. Dezember, abends 8 Uhr
Bezirk Niederndodeleben bei Herrn Hornemann.

Tages-Ordnung:
1. Wahl der Bezirksleitung
2. Sonstige Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Kollegen! Die Generalversammlung muß einen starken Besuch aufweisen, einesteils der wichtigen Tagesordnung halber, anderenteils **um Protest einzulegen gegen den Gewissenszwang,** dem eine große Zahl Metallarbeiter in letzter Zeit unterworfen wurde und weiter **gegen die brutale Handlungsweise der Leiter des Grusonwerks,** welche Kollegen, die fast ein Menschenalter ihre besten Kräfte dem Werke geopfert haben, in ihren alten Tagen auf die Straße werfen, weil sie nicht zum Lügner werden wollten. Erscheint deshalb alle am Sonntag **pünktlich** im „Luisenpark".

Die Ortsverwaltung.

Central-Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter

Verwaltung Magdeburg.

Bureau: Stephansbrücke 38. Telephon Nr. 276.

Mitglieder-Versammlung

Sonnabend, den 13. Dezember, abends 8½ Uhr
im „Bürgerhaus", Stephansbrücke.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn **Dr. Georg Kramer** über: „Die Theorie des Himmels."
2. Rechte und Pflichten der Mitglieder.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

1647

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Konsum-Verein „Biene"

E. G. m. b. H.

zu Schönebeck a. E.

Die Auszahlung der Dividende

für die Mitglieder von

Westerhüsen und Salbke

geschieht am

Montag, den 15. Dezember
im Restaurant des Herrn Hoffmeyer
in Westerhüsen.

1632 **Der Vorstand.**

Aschersleben.

Sonntag, den 14. Dezember 1902, abends 8 Uhr
in Schräbers Lokal

Große Protest-Versammlung.

Tagesordnung:
1. **Der Umsturz im Reichstage.** Referent: Reichstagsabgeordneter A. Albrecht, Halle.
2. **Die Stadtverordneten-Stichwahl.**

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen von Aschersleben und Umgegend.

1643 **Der Einberufer.**

Städtische Arbeitsnachweisstelle

Magdeburg

unentgeltlich

Kostenlose Vermittelung von männlichen und weiblichen Arbeitskräften, sowie feineren Personal **nach hier und auswärts.**

1646

Mitteilung.

Unserer werten Kundschaft zur Nachricht, dass unser Geschäftslokal bereits anderweitig vermietet ist, somit unser noch grosses Lager in kurzer Zeit geräumt sein muss. Wir haben die Preise nochmals herabgesetzt.

Halberstädterstr. 118a

Gebrüder Zweig
Sudenburg

Größtes Lager am Platze!
. Billige Preise .
Reelle Bedienung

Zum Weihnachtsfeste
offeriere:
Uhren
Gold-, Silber-, Bronce-, Alfenide- sowie alle optischen * Waren *
1636

Alfred Scholz

Magdeburg-Neustadt
Nr. 15 Lübeckerstraße Nr. 15

Bis Weihnachten 10 Prozent Rabatt.

Allgem. Ortskrankenkasse Halberstadt.

In unserer Verwaltung ist sofort die zweite

Botenstelle

zu besetzen. Kaution sind 300 Mark zu stellen. Geeignete Bewerber ersuchen wir, selbstgeschriebene Meldungen bis 15. Dezember cr. bei unserem Vorsitzenden Herrn August Winter, Bakenstraße 50, oder im Bureau der Kasse, Bakenstraße 39, einreichen zu wollen.

Der Vorstand.

Achtung! Kakao-Cognak gratis!
Vom 7. bis 22. Dezember wird überall auf
½ Pfund Colomba-Margarine
außer den üblichen Rabattmarken
1 Colomba-Marke verabfolgt!
Bei Zurückgabe 6 dieser Marken erhält jeder
1 Probeflasche Kakao-Cognak gratis!
1555

Ansichtskarten von Magdeburg

150 Sorten à 10 Pfg., 2 Stück 15 Pfg. | **50 Sorten** à 5 Pfg., 3 Stück 10 Pfg.

Genrekarten nur bessere Muster . . in riesiger Auswahl . .
à 10 und 5 Pfg.

Zu haben in der Buchhandlung Volksstimme.

Max Kraft

Sudenburg

Nr. 40 Halberstädterstraße Nr. 40

empfiehlt zu **Weihnachts-Einkäufen**
besonders billig: 1628

Kleider- und Blusenstoffe in jeder Preislage
Handtücher und Bettzeuge, nur reelle Qualitäten
Kopf-Shawls und Tücher in aparten Mustern
Bett- und Tischdecken in großer Auswahl
Schlafdecken, bunte und einfarbige, in jeder Qualität
Wirtschafts-, Tändel- und Kinderschürzen, besondere Neuheiten
Anstands- u. Unterröcke, von den einfachsten bis elegantesten
Damenwesten und Herrenjagdwesten von den einfachsten bis elegantesten
Weißleinene und bunte Taschentücher
Teppiche und Bettvorleger, wegen Aufgabe derselben unter Preis

Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Weihnachtsbäume,
Aepfel, Nüsse, Apfelsinen
empfiehlt 1560
H. Schumann,
Schönebeck, Königstr. 55.

Borne.
Habe mehrere Meter 1631
guten Winter-Paletot- u. Joppenstoff
sehr billig zu verkaufen.
Ch. Kreutzberg.

Alle Arten
Pelz-Waren
empfiehlt zu billigsten Preisen
H. Köper, Kürschnermeister
Halberstadt
Hoheweg 15

Burg.
Kräft. Mittagstisch
von 40 Pfg. an empfiehlt
Christian Siemens
„Bayerischer Hof".
Außerdem jeden Sonnabend und Sonntag **Pökelfleisch, Jauersche und Knobländer.** 1610

Korbstühle, Kinderstühle, Puppenwagen, Sportwagen Reisekörbe, Waschkörbe, Waschklepen, Wäscheleinen
empfiehlt billigst 1608
A. Kreutzmann, Kaiserstraße 13
Rabattmarken.

Kaufe jeden Posten
Kanarienhähne u. -Weibchen
Bei besseren Vögeln bitte gefl. um Adressen. [436
A. Plischka, Margaretenstr. 2, I.

Junge Gänse! Eigene Hafermast nur Ia. Ware, 8-10 Pfd. schw., Pfd. 45 Pf., vers. geg. Nachn. Frau Barsube, Schillelwethen, per Gr. Friedrichsdorf

---

Einem hochgeehrten Publikum von **Buckau** und **Magdeburg** die ergebene Anzeige, daß ich die

Restauration
Buckau, Feldstraße Nr. 60,
früher E. Stiller,

käuflich übernommen habe und bitte das werte Publikum, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen. Für ein **gutes Glas Bier** und **reelle Speisen** bestens Sorge tragen zu wollen versprechend, zeichnet

hochachtungsvoll

1641 **Herm. Stephan.**

Aug. Bartels' Restaurant

Fabrikenstraße 5/6.

Heute: 1637

Eröffnung des großen Prämien-Schießens.

Kostbare und elegante Preise
U. a. eine Herren- und eine Damen-Remontoir-Uhr.

Ergebenst ladet ein **Aug. Bartels**

Werkstatt sehr geräumig und hell preiswert mit Keller und Boden zu vermieten **Max Häusler Nachf., Neuhaldenslebenerstr. 1.** [1635

Gold. Damenuhr m. gold. Kette und Glücksherz verloren. Geg. Bel. abzugeben Halberstädterstraße 119, I.

Vorzügl. Tinte empfiehlt die Buchhandlung Volksstimme.

Aschersleben.
Allgemeine Ortskrankenkasse für verschiedene Berufe.

Von heute ab beginnt die Einziehung der Beiträge pro Monat **Novbr.** (3./11. bis 30./11.) 1902.

Aschersleben, den 11. Dezbr. 1902.

1517 **Der Vorstand.**

Freie Religions-Gesellschaft. 1638

Freitag, 12. Dezbr., abends 8¼ Uhr im Gemeindehause, Marstallstr. 1

Gemeinde-Versammlung

Stadt-Theater.

Freitag, den 12. Dezember 1902.

Mignon.

Große Oper in 3 Aufzügen. Musik von Ambroise Thomas.

Sonnabend, den 13. Dezember. Nachmittags 3 Uhr.

Wie Klein-Else das Christkind suchen ging.

Als **Schneiderin** empfiehlt sich E. Brockhoff, Lödischehofstr. 25.

Küchenzettel
der **Magdeburger Volksküchen Hauptwache 5** und **Neustadt, Schmidtstraße 61.**

Freitag: Kartoffelbrei mit Leber.

Cirkus. 1606
Täglich abends 8 Uhr:
Gustav Kluck's
Erste Magdeburger Volkssänger-Gesellschaft.
Das sensationelle
Weihnachtsprogramm.

Walhalla.

Ein konkurrenzloses Riesen-Welt-Programm!
u. a.:
Dahomeys!
48 Personen.
Vorverkaufskarten gültig!

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer teueren Verstorbenen, der Witwe

Dorothee Feuerstack

sagen wir allen denen, die ihr das letzte Geleit gegeben und den Sarg so reich mit Blumen schmückten unseren innigsten Dank. 437

Familie Schweig.